

# TEIL HABEN

**Diskriminierungskritische  
Perspektiven auf Teilhabe  
und Repräsentanz in der post-  
migrantischen Gesellschaft**

# TEIL SEIN



**neue deutsche  
organisationen.**

das postmigrantische netzwerk

# INHALT

01

## **EINLEITUNG**

**SEITE 4**

02

## **BEDINGUNGEN FÜR UMFASSENDE TEILHABE**

**SEITE 8**

03

## **WIR ALS NICHT ZÄHLENDE MENSCHEN IN EINEM DEMOKRATISCHEN LAND**

Text: Jibran Khalil

**SEITE 16**

## **GLEICHE TEILHABE – SPEZIFISCHE BEDÜRFNISSE**

Ein Gespräch mit Isidora Randjelović  
zu Fragen der Teilhabe von Sinti\*zze-  
und Rom\*nja-Communitys

**SEITE 22**

04

## **DIVERSITÄTSORIENTIERTE ORGANISATIONS- ENTWICKLUNG IM KULTURBETRIEB: BESONDERE HERAUSFORDERUNGEN UND BEWÄHRTE ANSÄTZE**

Text: Bahareh Sharifi und Sandrine Micossé-Aikins

**SEITE 32**

05

## **TEILHABE UND DIE REPRÄSENTATION: GESCHICHTE UND TRANSNATIONALE BEZÜGE AM BEISPIEL DER EZID\*INNEN**

Text: Leyla Boran

**SEITE 46**

06

## **ES IST LEIDER UNINTERESSANT, JÜD\*INNEN DABEI ZU HABEN**

Ein Gespräch mit Debora Antmann

**SEITE 54**

07

## **TEILHABE UND CO: BESTEHENDE VERHÄLTNISSE EINFACH EIN WENIG VIELFÄLTIGER MACHEN?**

Text: Saraya Gomis

**SEITE 64**

## **BEITRAGENDE**

**SEITE 72**

## **IMPRESSUM**

**SEITE 75**

# EINLEITUNG

**T**eilhabe verstehen wir als den rechtlichen Zugang und Zugriff auf gesellschaftliche Ressourcen und Positionen, also die strukturellen Rahmenbedingungen. Partizipation ist mehr als das – und zwar die Beteiligung von Menschen an Entscheidungsprozessen und ihren Einfluss auf das Ergebnis. In einer demokratischen Gesellschaft sind sowohl Teilhabe als auch Partizipation grundlegende Rechte, die sich u.a. aus den Menschenrechten ergeben.

Die MIPEX-Studie<sup>1</sup> bietet für 2021 einen Ländervergleich unter anderem zu Teilhaberechten und Partizipation in 56 Ländern. Sie zeigt auf, dass die Lage in Deutschland für Einwander\*innen nur «halbwegs günstig» bis «ungünstig» ist. Nach dieser Studie bietet Deutschland Einwanderer\*innen zwar Grundrechte und Chancengleichheit, aber keine sichere Zukunft im Land. Einwander\*innen haben weniger Rechte, die Politik, die sie täglich betrifft, zu gestalten. Das Wahlrecht auf Bundes- und Landesebene ist für Menschen ohne deutsche Staats-

angehörigkeit gar nicht, auf kommunaler Ebene nur für EU-Bürger\*innen gegeben. Der Zugang zur Staatsbürgerschaft, die Einbürgerung, ein gesichertes Aufenthaltsrecht und umfassender Diskriminierungsschutz sind in Deutschland nicht ausreichend verankert und noch entwicklungsbedürftig. Leider bietet die MIPEX-Studie nur einen eingeschränkten Blick auf das Thema, weil sie Nachkommen von Arbeitsmigrant\*innen und Geflüchteten, Bindestrich-Deutsche, Schwarze Deutsche, deutsche Sinti\*innen und Rom\*nja, Jüd\_innen und andere Gruppen, die teilweise keinen gleichberechtigten, diskriminierungsfreien Zugang zu Teilhabe, Partizipation und Repräsentanz haben, gar nicht berücksichtigt.

In diesem Dossier beleuchten Expert\*innen, Wissenschaftler\*innen, Politiker\*innen und engagierte Menschen aus unserem Netzwerk die Themen Teilhabe, Partizipation und Repräsentanz in ihrer Breite. Es bietet eine spannende Vielfalt an Einblicken und Perspektiven.

<sup>1</sup>) Quelle: <https://www.mipex.eu/key-findings>

Den Einstieg in das Thema bietet der Artikel zum modernen Staatsangehörigkeitsrecht. Die Analyse und Forderung nach erleichterten Einbürgerungskriterien bietet neue Inspirationen an. Dieser Artikel ist eine Gemeinschaftsarbeit von Organisationen, Initiativen und einzelnen engagierten Menschen.

Das Wahlrecht ist ein grundlegendes Teilhaberecht in einer Demokratie. Jibril Khalil von «Jugendliche ohne Grenzen» analysiert das Wahlrecht in Deutschland aus der Perspektive eines Menschen, dem es verwehrt wird.

Der Kulturbetrieb wird von Bahareh Sharifi und Sandrine Micosseé-Aikins im Hinblick auf Zugänge und Ausschlüsse beleuchtet. Dabei dienen Diversity- und Anti-Diskriminierungsstrukturen als Maßstab für ihre Arbeit.

Eine aktuelle bundesweite Studie zu Rassismuserfahrung von Sinti\*innen und Rom\*innen setzt neue Maßstäbe für Forschung und Forschungsethik. Isidora Randjelović erläutert im Inter-

view das empirische Vorgehen der Studie, die community-basiert, partizipativ und betroffenenkontrolliert durchgeführt wurde.

Leyla Boran entwickelt in ihrem Artikel eine neue Perspektive auf Teilhabe und Repräsentanz, indem sie mit einer historischen und aktuellen Betrachtung der ezidischen Community auch interne Diversitäten der Migrationsgesellschaft in den Mittelpunkt stellt.

Debora Antmann definiert in einem weiteren Interview Repräsentanz nicht nur als bloßes «Da-Sein». Jenseits der visuellen Erkennbarkeit spricht sie über die grundlegende Bedeutung von Community-Räumen und -Infrastruktur

Saraya Gomis geht in ihrem Beitrag darauf ein, ob bei aller Bemühung um Repräsentation Rassismus als gesellschaftsstrukturierendes Herrschaftsverhältnis eigentlich ausreichend thematisiert wird.

Wir bedanken uns herzlich bei den Autor\*innen und interviewten Menschen, aber auch allen anderen Menschen, die an der Erstellung des Dossiers mitgewirkt haben. Uns allen wünschen wir lehrreiche Einsichten für notwendige Debatten und gemeinsames Handeln!

Berlin im Dezember 2021

Nursemin Sönmez

# 01 BEDINGUNGEN FÜR

## UMFASSENDE TEILHABE

**Dieser Text ist in gemeinschaftlicher Diskussion  
folgender Personen und Organisationen entstanden:**

Ahmet Sinoplu – Coach e.V., Kölner Initiative  
für Bildung und Chancengerechtigkeit

Bundes Roma-Verband

Canan Turan – Filmwissenschaftlerin

Christina Antonakos Wallace - With WINGS  
and ROOTS

Each One Teach One, EOTO e.V.

Hajdi Barz – RomaniPhen Archiv

Dr. Kien Nghi Ha, Kultur- und Politikwissen-  
schaftler – korientation – Netzwerk für  
Asiatisch-Deutsche Perspektiven e.V.

Koray Yilmaz-Günay – Migrationsrat Berlin e.V.

Lotti Schulz – With WINGS and ROOTS

Miman Jasharovski – With WINGS and ROOTS

Mohammed Jouni – Jugendliche ohne  
Grenzen, Beratungs- und Betreuungszentrum  
für junge Geflüchtete und Migrant\*innen

Nursemin Sönmez – neue deutsche  
organisationen – das postmigrantische  
netzwerk e.V.

Olga Gerstenberger - With WINGS and ROOTS

Tahir Della – Initiative Schwarze Menschen in  
Deutschland

Remzi Uyguner – Türkischer Bund in Berlin  
Brandenburg, TBB e.V.

Roma Center e.V.

Roma Antidiscrimination Network (RAN)

In Deutschland leben mehr als 14 Millionen Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit, davon über anderthalb Millionen, die keinen deutschen Pass haben, obwohl sie hier geboren sind. Sie dürfen bei Landtagswahlen und Bundestagswahlen weder wählen noch selbst kandidieren, sie haben keinen Zugang zum Beamt\*innenstatus, für ihre Organisationen sieht das Vereinsrecht mit dem «Ausländerverein» einen Sonderstatus vor. Im Asylverfahren ist das Recht auf Teilhabe

## Die Verweigerung des Zugangs zu politischer und gesellschaftlicher Teilhabe ist ein massives Demokratiedefizit.

noch weiter eingeschränkt. So haben Menschen nur ein begrenztes Recht auf Versammlungsfreiheit, medizinische Versorgung, Freizügigkeit, die freie Wahl des Wohnorts und des Arbeitsplatzes. Menschen mit einem unsicheren Aufenthalt aber auch solche, die hier geboren wurden und eine unbefristete Niederlassungserlaubnis haben, sind nicht vor Abschiebung, Ausweisung und Auslieferung geschützt. Die Verweigerung des Zugangs zu politischer und gesellschaftlicher Teilhabe für alle, die in diesem Land leben, ist nicht nur ein massives Demokratiedefizit, sondern ihnen werden damit auch grundlegende Rechte verwehrt, wie sie beispielsweise in der Europäischen Sozialcharta (Europarat, 1961) oder im UN-Sozialpakt von 1966 verbrieft sind. Zu diesen zählen u.a. das Recht auf Arbeit (inklusive das Recht auf Bildung von Gewerkschaften), das Recht auf Gesundheit, soziale Sicherung, Nahrung und Wasser, aber auch Bildung und Teilhabe am kulturellen Leben. Der Zugang zu vielen dieser Rechte wird – entgegen

dem Sinn internationaler Übereinkommen, die mit der Ratifizierung zu unmittelbar geltendem Bundesrecht werden – äußerst restriktiv gehandhabt. Damit eine umfassende Teilhabe für alle, die in der Bundesrepublik leben, möglich ist, müssen drei Bedingungen erfüllt sein: ein modernes Staatsangehörigkeitsrecht, die Verantwortungsübernahme für koloniales und nationalsozialistisches Unrecht und das Durchbrechen rassistischer Kontinuitäten im Asylrecht.

### Ein modernes Staatsangehörigkeitsrecht

Die Vorstellung davon, wer «deutsch» ist, beruht auch juristisch immer noch zum Teil auf dem biologistisch-völkischen Abstammungsprinzip aus dem 19. Jahrhundert (*ius sanguinis*). Erst 1999/2000 wurde es mit einer Reform durch das Geburtsortprinzip (*ius soli*) ergänzt. Doch ist die Vergabe der deutschen Staatsangehö-

## Es muss endlich auch selbstverständlich sein, dass alle wählen, alle Rechte wahrnehmen und an allen demokratischen Prozessen teilhaben können.

rigkeit immer noch an die Voraussetzung geknüpft, dass mindestens ein Elternteil über ein unbefristetes Aufenthaltsrecht verfügt. Vor dem Gesetz bestimmt somit der Status der Eltern, welche Rechte einer Person zustehen. Zudem schließen der hohe bürokratische Aufwand und die zahlreichen Voraussetzungen, die mit einer Einbürgerung verknüpft sind, viele Menschen von der deutschen Staatsangehörigkeit aus. Dazu gehören ein unbefristetes oder auf Dauer angelegtes Aufenthaltsrecht, eine geklärte Identität, der Nachweis von

ausreichenden Deutschkenntnissen, eine gemeldete Wohnanschrift, ein Bekenntnis zum Grundgesetz, die Aufgabe der bisherigen Staatsangehörigkeit(en), ein «Nachweis über Kenntnisse der Rechts- und Gesellschaftsordnung und der Lebensverhältnisse in Deutschland» (Einbürgerungstest) sowie die «Gewährleistung der Einordnung in die deutschen Lebensverhältnisse, insbesondere keine Verheiratung gleichzeitig mit mehreren Ehegatten». Der Bezug von Arbeitslosengeld II oder Sozialhilfe sowie Geldstrafen von über 90 Tagessätzen oder Haftstrafen über drei Monaten zur Bewährung schließen eine Einbürgerung aus. Die Kosten der Einbürgerung betragen 255 bei Erwachsenen und 51 Euro bei Kindern. All diese Barrieren führen

dazu, dass die Einbürgerungsquote aktuell bei gerade mal 2% liegt. Auch sind Mehrfachstaatsangehörigkeiten trotz Mehrfachzugehörigkeiten nicht selbstverständlich. Noch immer gilt für viele Menschen das faktische Verbot, zwei (oder mehr) Pässe zu besitzen. Sie riskieren mit weiteren Pässen, die deutsche Staatsangehörigkeit zu verlieren.

In seinem Festhalten am Abstammungsprinzip, den hohen bürokratischen Hürden für eine Einbürgerung und dem Verbot der Mehrstaatigkeit ist das deutsche Staatsangehörigkeitsrecht veraltet und spiegelt nicht die gesellschaftlichen Realitäten dieses Landes wider. Wir leben in einer Migrationsgesellschaft, in der es selbstverständlich ist, dass nicht alle

**Alle Menschen, die in Deutschland geboren wurden und werden, sollten die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten.**

Kinder Eltern haben, die in Deutschland geboren wurden, dass innerhalb einer Familie mehrere Staatsangehörigkeiten bestehen, dass Menschen sich bewegen und bleiben, an mehreren Orten zu Hause sind und gesellschaftliche Prozesse, wo sie sind, mitgestalten. Da muss es endlich auch selbstverständlich sein, dass alle wählen, alle Rechte wahrnehmen und an allen demokratischen Prozessen teilhaben können. So sollten alle Menschen, die in Deutschland geboren wurden und werden, unabhängig vom Aufenthaltsstatus der Eltern die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten und alle Menschen, die seit mindestens drei Jahren in Deutschland leben, einen voraussetzungslosen gesetzlichen Anspruch auf Einbürgerung haben, selbst wenn sie eine oder mehrere andere Staatsangehörigkeit(en) behalten.

### **Verantwortungsübernahme für koloniales und nationalsozialistisches Unrecht**

Verschiedene Communities sind historisch unterschiedlich betroffen von rassistischen Ausschlüssen im Staatsangehörigkeits- und Aufenthaltsrecht.

Bewohner\*innen der vormals vom Deutschen Reich kolonisierten Gebiete konnten keine Reichsangehörigkeit erhalten. Stattdessen wurden sie im Rahmen einer Sondergesetzgebung «Eingeborenenverordnungen» unterworfen. Ihnen wurde das Eigentum an Tieren und Weideland untersagt. Sie durften nur in bestimmten Regionen leben und wurden zum Tragen einer jederzeit sichtbaren Passmarke verpflichtet. Ehen zwischen deutschen Männern und Frauen aus den kolonisierten Gebieten auf dem afrikanischen Kontinent bzw. im Pazifik waren verboten. Kindern aus außerehelichen Beziehungen wurde die deutsche Reichsangehörigkeit nicht

zuerkannt bzw. zum Teil wieder ab-erkannt. Widerstand gegen Ausbeu-tung und Entrechtung, wie der Maji-Maji-Aufstand im heutigen Tansania oder die Unabhängigkeitsbewegung der OvaHerero und Nama im heuti-gen Namibia wurden brutal nieder-geschlagen. Obwohl seit Jahrzehnten gefordert, wurden der an OvaHerero und Nama verübte Genozid und die Folgen für die Nachkommen bis heu-te nicht annähernd ausreichend an-erkannt, geschweige denn entschä-digt.

Während des Pharrajmos, des Sa-mudaripen bzw. Manuschengroma-reen wurden europaweit über eine halbe Million Sinti\*zze und Rom\*nja systematisch erfasst, ausgegrenzt, deportiert und durch Massenerschie-ßungen, Vergasungen in den Vernich-tungslagern, medizinische Exper-imente und Zwangsarbeit ermordet. Die Geschichte des Genozids knüpfte nahtlos an diskriminierende Praxen an, die seit Jahrhunderten existier-ten. Vielen Sinti\*zze wurde ihre deut-sche Staatsangehörigkeit aberkannt.

## Zur Aufarbeitung des kolonialen und nationalsozialis-tischen Unrechts müssen rassistische Ausschlüsse aus der Vergangenheit und Gegenwart besei-tigt werden.

Die Anerkennung und Entschädigung der Opfer erfolgte in Deutschland erst seit den 1980er Jahren und nur durch den unermüdlichen Einsatz von Überlebenden, ihrer Fa-milien und der Bürger\*innen-rechtsbewegung. Überle-bende und Nachkommen in anderen europäischen Län-dern haben meist weder eine Entschädigung noch eine an-dere Form der Wiedergutmachung erhalten. Im Gegenteil leben in Deutschland viele von ihnen zum Teil seit Jahrzehnten

oder sogar seit ihrer Geburt bis heu-te mit unsicheren Aufenthaltsstatus, manche sind akut von Abschiebung bedroht. Zehntausende wurden in den letzten Jahren unter unwürdigen

Bedingungen und Einsatz von Gewalt abgeschoben. Oftmals erfolgen diese Abschiebungen in Länder, in denen sie rassistischer Gewalt und Ausgren-zung ausgesetzt sind.

Zur Aufarbeitung des kolonialen und nationalsozialistischen Un-rechts müssen rassistische Aus-schlüsse aus der Vergangen-



heit und Gegenwart beseitigt werden. Dazu braucht es einen gesetzlich garantierten, unbürokratischen Zugang zur Staatsangehörigkeit für Bewohner\*innen von ehemals von Deutschland kolonisierten Gebieten sowie eine kollektive aufenthaltsrechtliche Anerkennung von Rom\*nja aus anderen europäischen Staaten als Opfer und Nachkommen der Opfer des nationalsozialistischen Genozids sowie ebenfalls einen gesetzlich garantierten, unbürokratischen Zugang zur Staatsangehörigkeit.

### **Rassistische Kontinuitäten im Asylrecht durchbrechen**

In segregierten und segregierenden Unterkünften, oftmals ohne Arbeitserlaubnis, Perspektive und ohne ausreichende Gesundheitsversorgung werden Menschen im Asylverfahren entwürdigt, Kinderrechte werden unterminiert. Unsichere Titel wie die «Duldung» – die Aussetzung der Abschiebung – helfen nicht, wenn es um den Zugang zu Rechten oder um ein Einbürgerungsverfahren geht. Ein Teil der Menschen wird ein Leben lang «geduldet», was eine Teilhabe an Arbeit, Zugang zur Gesundheitsversorgung, aber auch die freie Bewegung verhindert. Damit werden «geduldeten» Menschen elementare Rechte vorenthalten und eine selbstbestimmte Gestaltung ihres Lebens verwehrt. Jederzeit mögliche Abschiebungen sind ein Damoklesschwert, das für betreffende Personen und Familien psychische und chronische Krankheiten produziert bzw. verschärft. Mit dem allenfalls kurz-

fristig denkbaren Status der Duldung klarzukommen, heißt dauerhaft mit regelmäßiger Angst konfrontiert zu sein. Diese Angst verhindert, verunsichert, überschattet und blockiert. Da es sich bei den sogenannten Gemeinschaftsunterkünften nicht um «Wohnungen» handelt, die grundgesetzlich geschützt sind, können sie das Recht auf Privatsphäre, aber auch das Brief- und Postgeheimnis nicht gewährleisten. Wenn Menschen, die sich nicht kennen, monate- und jahrelang in Mehrbettzimmern untergebracht werden, entstehen Konflikt- und Gewaltpotenziale, gemeinschaftlich genutzte Küchen und Sanitäreinrichtungen sind potenziell gefährliche Orte, an denen sexualisierte und andere Formen der Gewalt befürchtet werden müssen. Aus menschenrechtlicher Sicht müssen deswegen alle Abschiebungen abgeschafft und Duldungen durch sichere Aufenthaltstitel ersetzt werden, die das Recht auf Arbeit, eine angemessene Gesundheitsversorgung, ein familien- und kindgerechtes Wohnen sowie einen unmittelbaren Zugang zu Bildung eröffnen. ■

**Ein Teil der Menschen wird ein Leben lang «geduldet», was eine Teilhabe an Arbeit, Zugang zur Gesundheitsversorgung, aber auch die freie Bewegung verhindert.**

# 02

## WIR ALS NICHT ZÄHLENDE MENSCHEN



## IN EINEM DEMOKRATISCHEN LAND!

**Text: Jibran Khalil**

**W**ie immer war ich am 14. September 2021 nach Feierabend von der Innenstadt Potsdam in der Bahn nach Hause unterwegs. Ich kam an der Staatskanzlei des Landes Brandenburg vorbei. Aber dieses Mal sah ich, dass neben dem Tor ein Banner hängt. Ich habe den Text auf dem Banner nicht richtig lesen können und habe mir vorgenommen, ihn am nächsten Tag zu lesen. Am nächsten Tag fuhr ich mit der Bahn Richtung Berlin und war sehr aufmerksam. Diesmal wollte ich nicht verpassen, was auf dem Banner steht. Als die Bahn in der Nähe der Staatskanzlei kam, las ich das Banner: #WERWÄHLT-ZÄHLT. Stell dir vor, dass du vorher auf Twitter gelesen hast, dass heute der 15. September ist, der Internationale Tag der Demokratie, und du liest «#WERWÄHLTZÄHLT». Ich war sehr sauer und zugleich traurig, dass ich ein nicht zählender Mensch in diesem demokratischen Land bin! Ich wohne seit acht Jahren in diesem so genannten demokratischen Land, trotzdem darf ich nicht wählen.

#WERWÄHLTZÄHLT war eine Kampagne der Landesregierung und der Koordinierungsstelle «Tolerantes Brandenburg/Bündnis für Brandenburg». Sie startete am Tag der Demokratie. Sie rief einerseits Bürger\*innen zur Beteiligung an der Bundestagswahl am 26. September 2021 auf und andererseits wurden zugleich tausende Menschen ausgeschlossen, die im Land Brandenburg wohnen. Natürlich können wir als nicht zählende Menschen nicht die Landesregierung durch Wahlen beeinflussen, aber die Koordinierungsstelle als Schnittstelle zwischen Staat und Zivilgesellschaft sollte solche Kampagnen nicht durchführen, die manche Menschen ausgrenzen – Menschen, die seit Jahren hier wohnen, arbeiten, zur Schule gehen und Steuern bezahlen. Die Brandenburger\*innen sind.



Im Superwahljahr 2021 fand nicht nur die Bundestagswahl statt, sondern es gab vorher schon Volksabstimmungen zu konkreten kommunalen Themen und die Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt, parallel zur Bundestagswahl auch Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern und die Abgeordnetenhauswahl in Berlin. Auch dabei wurden Millionen Menschen ausgeschlossen.

**Für uns ist Wahlrecht ein Partizipationsrecht, wie es in der Menschenrechtserklärung und in der Kinderrechtskonvention steht.**

Unsere Stimmen zählen also nicht in diesem demokratischen Land. Als Jugendliche ohne Grenzen hatten wir bei unserem letzten Treffen vor den Wahlen, im August 2021, miteinander diskutiert, wie ein Land demokratisch sein kann, in dem wir kein Wahlrecht haben – und dass es absurd ist, dass unsere Stimmen im Rahmen der Wahlen nicht gehört werden. Gleichzeitig werden Gesetze für und gegen uns verabschiedet, die uns direkt betreffen, und das ohne unsere Stimmen. Für uns ist Wahlrecht ein Partizipationsrecht, wie es in der Menschenrechtserklärung und in der Kinderrechtskonvention steht. Wenn wir in diesem demokratischen Land wählen dürften, wäre unsere Stimme eine Stimme für Diversität, Bleiberecht, für die Abschaffung aller AnKER-Zentren (Zentrum für Ankunft, Entscheidung, Rückführung) und aller Lager, eine Stimme für die Umsetzung der Kinderrechtskonvention – und für ein Wahlrecht für alle Menschen, die in Deutschland wohnen.

## **Wir beteiligen uns. Wir bringen uns ein, und das auf unterschiedlichen Ebenen und in unterschiedlichen Gremien.**

Wir beteiligen uns. Wir bringen uns ein, und das auf unterschiedlichen Ebenen und in unterschiedlichen Gremien. Auch wenn unsere Stimmen nicht gehört werden sollen bzw. marginalisiert werden, nehmen wir uns in Konferenzen, auf Podien und in Beiräten die Stimme. Das passive und aktive Wahlrecht ist nicht das einzige Stimm-Recht, aber in einer repräsentativen Demokratie ein wichtiges Instrument der gesellschaftlichen Beteiligung.

Wir von Jugendliche ohne Grenzen setzen uns seit dem Jahr 2005 für das Bleiberecht und gegen strukturelle Diskriminierungen von Geflüchteten ein. In Empowerment-Räumen erfahren Jugendliche Solidarität und erarbeiten gemeinsam Handlungsstrategien auf unterschiedlichen Ebenen. Sie stellen (politische) Forderungen auf und entscheiden gemeinsam über die Durchführungen ihrer Aktionen. Zu den öffentlichkeitswirksamen Aktionen gehören die jährlichen Konferenzen parallel zu den Konferenzen der Innenminister\*innen. Auch lokal treffen sich die Gruppen und tauschen sich regelmäßig aus, veranstalten Informationsabende und unterstützen sich gegenseitig. Unterstützt wird die Arbeit seit der Gründung vom Beratungs- und Betreuungszentrum für junge Geflüchtete und Migrant\*innen (BBZ), dem Grips-Theater, ProAsyl, den Landesflüchtlingsräten und dem Bundesfachverband unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (BumF), aber auch von solidarischen Einzelpersonen. ■



03

# GLEICHE TEILHABE

# SPEZIFISCHE BEDÜRFNISSE

Ein Gespräch mit **Isidora Randjelović**  
zu Fragen der Teilhabe von Sinti\*zze-  
und Rom\*nja-Communitys

**Isidora, du hast 2019/2020 eine bundesweite Studie zu Rassismuserfahrungen von Sinti\*zze und Rom\*nja geleitet, die beispielgebend war für die Art, wie auf diesem Gebiet geforscht werden sollte. Von der Forschungsethik über die Einbindung der Community in Konzeption, Durchführung und (Zwischen-) Evaluationen habt ihr an der Alice-Salomon-Hochschule keine traditionelle Be-Forschung durchgeführt, sondern im Sinn und im Interesse der Community gearbeitet...**

Unser empirisches Vorgehen war community-basiert, partizipativ und betroffenenkontrolliert. Aus der historischen Erfahrung der Beteiligung von Forscher\*innen an der Vernichtung von Rom\*nja und Sinti\*zze – insbesondere, aber nicht nur in der NS-Zeit – hatte die ohnehin für Studien wichtige Forschungsethik einen besonderen Stellenwert im Umgang mit unseren Communitys. Wissenschaftler\*innen waren, mit der Polizei, an der Beobachtung, Markierung, Entwertung und Entmenschlichung direkt beteiligt. Mit

*ihrer Forschung haben sie nicht nur die Verfolgung, Zwangssterilisationen und Ermordung legitimiert, sondern auch die Grundlagen für die rassistische Herabsetzung geliefert. Hier sind nicht nur die bekannteren medizinischen Experimente gegen jegliche Menschlichkeit erfolgt, sondern auch die Anthropologie, Soziologie, Pädagogik waren an diesem System der Beforschung entscheidend beteiligt. Die Datensätze und Akten sind nach 1945 nicht vernichtet, sondern sowohl von der Polizei als auch von einzelnen Wissenschaftler\*innen nachweislich bis Anfang der 1980 genutzt worden. Bis heute können wir in machen aktuellen Veröffentlichungen darauf zurückgehende Traditionslinien erkennen. All das trifft ja auch auf ältere Anti-Romani- und koloniale Episteme, Orientalismus, Antischwarzen Rassismus und Antisemitismus zu.*

*Aus diesem Grund war das Prinzip der Schadensvermeidung, also die zuverlässige Anonymisierung aller Beteiligten und eine wirklich gut informierte Zustimmung sehr wichtig – also nicht*

## **Es ist uns ein breiter Einblick in Rassismuserfahrungen und damit zusammenhängenden strukturellen Rassismus gelungen.**

*bloß ein Informationspapier, das sie am Anfang unterschreiben. Darüber hinaus haben wir aber auch die gängigen Prinzipien in Hinblick auf den Nutzen für die Romani Communitys erweitert. Um einen solchen Nutzen zu definieren, war es nötig, mit Sachverständigen aus den Communitys nicht nur partizipativ zu forschen, sondern ihnen von Anfang an die Mitwirkung an der Konzeption der Studie zu ermöglichen. Das hat für eine kritische Reflexion des geplanten Vorgehens, zu kontroversen Diskussionen und zu einer gemeinsamen Einigung geführt. Die Werkstätten selbst und die Zusammenarbeit haben nicht nur das Er-*

*gebnis beeinflusst, sondern uns auch als Bewegung auf eine schöne Weise zusammengebracht, die nachwirkt. Die Beteiligten waren Sinti\*zze und Rom\*nja – interdisziplinäre Sachverständige, Menschen, die mindestens seit 15 Jahren, einige über 30 Jahre in unterschiedlichen Bewegungen und in relevanten Arbeitsbereichen aktiv sind, insbesondere in den Bereichen Bleiberecht, Erinnerungspolitik, Kulturproduktion, Bildung, Soziale Arbeit, Empowerment, Selbstorganisation sowie intersektionale und feministische Arbeit. In einem interdisziplinären Team haben wir die Gesprächspartner\*innen ausgewählt, alle haben Gespräche in ihrem eigenen Wissensgebiet geführt: 29 Einzel- und zwölf Gruppengespräche. Die Auswahl der Einzelgesprächspartner\*innen und Gruppen berücksichtigte die ausgeglichene bundesweite Verteilung von Rom\*nja und Sinti\*zze (anerkannte Minderheit, Eingewanderte/Aufenthaltsstatus, aber auch Geschlecht, Alter, Beruf, Religion und Herkunft).*

*Wir konnten natürlich nicht in einer Studie alle Ebenen berücksichtigen, aber es ist uns ein breiter Einblick in Rassismuserfahrungen und damit zusammenhängenden strukturellen Rassismus gelungen. Nun muss an einzelnen Punkten vertiefend geforscht werden – und vor allem muss über die resultierenden Empfehlungen unserer Studie, aber auch aus dem Gesamtbericht der Unabhängigen Kommission Antiziganismus beim Bundesinnenministerium diskutiert werden.*

**Du sprachst von der Heterogenität der Gruppe: die anerkannte deutsche Minderheit, Menschen, die im Rahmen der Gastarbeit aus verschiedenen Ländern gekommen sind, manche sind hierher geflüchtet, andere leben als EU-Bürger\*innen hier. Wie lassen sich vor diesem Hintergrund über eine einzelne Studie hinaus gesellschaftliche Teilhabe und Repräsentation eigentlich denken?**

*Hier braucht es zwei antagonistische Ebenen. Zum einen muss die Teilhabe allen Menschen gleichermaßen zu-*

## **Alle hier lebenden Menschen, von mir aus nach fünf Jahren, müssen wählen und sich zur Wahl stellen dürfen.**

*gestanden werden, also nicht nur unabhängig der verschiedenen Romani Zugehörigkeiten – und z.B. damit zusammenhängenden, sehr unterschiedlichen Aufenthaltsstatus –, sondern für alle hier lebenden Menschen. Allen hier geborenen Menschen muss etwa automatisch die Staatsangehörigkeit zustehen. Alle hier lebenden Menschen, von mir aus nach fünf Jahren, müssen wählen und sich zur Wahl stellen dürfen. Das sind keine Fragen der Herkunft, sondern Grundsätze einer gemeinsamen Gesellschaft, die Menschen- und Bürger\*innenrechte achtet. Dasselbe gilt für die Bekämpfung von Armut. Sonderprogramme der*

*Bundesländer – wie sogenannte Roma-Aktionspläne –, aber auch von der EU haben in großen Teilen der Ethnisierung und Individualisierung von Armut, von Bildungsungerechtigkeit usw. zugearbeitet. Die Schere zwischen Arm und Reich muss grundsätzlich und unabhängig von Herkunft minimiert werden, ein Zugang zur Bildung und zum Gesundheitswesen muss für alle kostenlos möglich sein. Hier bedarf es keiner Sonderprogramme für einzelne Gruppen, sondern beispielsweise einer zuverlässigen Verdolmetschung, diversen Personals und vor allem einer transparenten und unabhängigen Antidiskriminierungsstruktur in den Institutionen.*

*Andererseits existieren aber auch spezifische Bedürfnisse rassismuserfahrener Communitys. Unsere Studie, unsere Erfahrungen, aber auch viele anderen Studien und die Arbeit von Selbstorganisationen zeigen ja, dass Rassismus als Zugangssperre zur gesellschaftlichen Teilhabe fungiert, dass Rassismus krank macht – und letztlich auch tötet. An diesen Stellen spielen*

*spezifische Rassismuserfahrungen eine Rolle. Deswegen müssen spezifische Programme und Maßnahmen entwickelt werden, die einerseits darauf abzielen, Rassismus zu minimieren, und die andererseits Empowerment und Selbstorganisation stärken.*

## **Die Schere zwischen Arm und Reich muss grundsätzlich und unabhängig von Herkunft minimiert werden.**

*Eine wesentliche Funktion von Rassismus ist Spaltung und Hierarchisierung von Menschen und Menschengruppen, die nicht nur auf symbolischer Ebene, sondern auch durch die Zuweisung von mehr oder weniger Rechten, Res-*



ressourcen usw. erfolgt. Teilhabe zu ermöglichen, bedeutet also auch, sich den historisch spezifisch gewachsenen Ausgrenzungsformen analytisch, aber auch in Bezug auf konkrete Forderungen zu widmen.

Die Regelung zu sicheren Herkunftsstaaten bedeutet für Rom\*nja nun

einmal etwas anderes als für die Dominanzgesellschaften in Serbien, Bosnien oder Kosovo. Rom\*nja sind dort nationale Minderheiten, sie sind alltäglichem und strukturellem Rassismus ausgesetzt. Sie haben ganz andere Probleme beim Zugang zu Bildung, Arbeit und Gesundheit als Gadje, auch wenn Armut viele andere Men-

schen dort ebenso trifft. So absurd das Konstrukt der «sicheren Herkunftsstaaten» insgesamt ist, funktioniert es nicht einmal innerhalb der eigenen Logik, was die Anwendung auf Rom\*nja betrifft. Ein anderes Beispiel ist Rassismus in der Schule. Während für alle Schüler\*innen gleichermaßen Bildungsgerechtigkeit hergestellt werden muss, sind Romani Schüler\*innen von einem spezifischen transgenerationalen Rassismus durch Lehrkräfte, Mitschüler\*innen, aber auch strukturell betroffen, etwa wenn wir an die «Roma-Klassen» bzw. die überdurchschnittlich häufigen Sonderschulzuweisungen denken. Diese Schulen sind keine «Förderschulen» oder «sonderpädagogische Förderzentren», wenn es darum geht, «verhaltensauffällige» Kinder dort unterzubringen. Die Verhaltensauffälligkeit ist der Rassismus von ganz anderen Leuten, die aber nicht auf solche Schulen kommen. Hier sind zusätzliche und angepasste Maßnahmen zum Schutz der Kinder und Jugendlichen, aber auch der Eltern gegen Rassismus gefordert. Das gleiche gilt ja z.B. auch für muslimi-

sche Schüler\*innen, die ebenfalls auf eine bestimmte Art und Weise rassifiziert werden und sowohl interpersonell als auch strukturell massiven Rassismus erleben. Auch andere rassifizierte Gruppen erleben rassistische oder antisemitische Diskriminierung spezifisch. Sie müssen deshalb auch neben den allgemeinen Rechten spezifischen Schutz und Empowerment erfahren.

**Es gibt unterschiedliche Selbstbezeichnungen – und auch unterschiedliche Bezeichnungen für die Diskriminierung und Gewalt, die Sinti\*zze und Rom\*nja erleben. Welchen Einfluss haben solche begriffspolitischen Debatten, wenn es um Teilhabe geht?**

Begriffspolitische Debatten sind natürlich auch durch die bestehenden Dominanzverhältnisse gekennzeichnet. Jahrzehntlang sind die Eigenbezeichnungen regelrecht bekämpft worden. Auch, wenn allmählich eine Diskursverschiebung stattfindet, ist es durchaus nicht selbstverständlich, die rassistische Fremdbezeichnung in Medien, Veranstaltungen, Publikatio-

nen abzulegen. Regelmäßig werden Aktivist\*innen von Gadje-Wächter\*innen der «deutschen Sprache» bzw. der «echten Roma-Kultur» massiv attackiert, weil sie sich gegen rassistische Bezeichnungen positionieren. Immerhin ist das mittlerweile sicht- und kritisierbar geworden.

Andere Debatten hingegen stehen noch aus oder werden sehr einseitig geführt. Den Begriff Antiziganismus verwenden einige Romani Aktivist\*innen und Wissenschaftler\*innen nicht bzw. nicht mehr. Es gibt ganz verschiedene Positionen und Begriffsempfehlungen, etwa Gadje-Rassismus, ein Begriff, der von Elsa Fernandez erdacht, 2015 in die Debatte eingeführt und mittlerweile in einem gleichnamigen Buch vertieft worden ist. Ein anderer Begriff ist Antiromaismus, den viele Romani Aktivist\*innen und Wissenschaftler\*innen aus Ex-Jugoslawien nutzen – mir ist der früheste Text von Ivana Marjanović von 2009 bekannt, aber es ist sehr wahrscheinlich, dass der Begriff schon viel früher von Aktivist\*innen geprägt wurde.

## Es gibt ganz verschiedene Positionen und Begriffsempfehlungen. Die meisten nutzen gleichzeitig mehrere Begriffe.

Die meisten nutzen gleichzeitig mehrere Begriffe. Ich verwende hauptsächlich Rassismus gegen Rom\*nja und Sinti\*zze, nicht nur, weil Antiziganismus den rassistischen Begriff reproduziert, sondern weil ich mithilfe der gewachsenen Begrifflichkeiten, Konzepte und Methoden der Rassismusforschung die Spezifik der Gewalt viel präziser beschreiben sowie mit anderen Rassismen vergleichen und ins Verhältnis setzen kann.

Neben der Reproduktion rassistischer Sprache, neben der inhaltlichen Kritik am Konzept des Antiziganismus müssen auch die Modi der Wissensproduktion in der Antiziganismusforschung problematisiert werden. Das betrifft Fragen danach, wer Theorien und

Analysen anstellt, wer sie wofür nutzt, wer mit dieser Wissensproduktion adressiert wird. Welche Verhältnisse und Fragen im Zentrum der Analyse stehen und wie diese formuliert werden, hängt ja auch erheblich mit den Autor\*innen zusammen. Und hier kommen wir erneut zur Frage von Teilhabe. Die Antiziganismusforschung und -literatur sind zu 99% dominiert von Gadje. Ihre Forschung und Literatur bedienen sich allerdings auch unserer Argumente und Konzepte – und stützen damit den Begriff immer weiter. Mittlerweile schreiben sie sogar, Antiziganismus sei ein spezifischer Rassismus, ohne aber den Begriff selbst aufzugeben. Sie verleiben sich damit die kritischen Punkte ein, «verbessern» ihre Definitionen und betreiben weiter ihre Beforschung, ohne nennenswerte Beteiligung von Rom\*nja und Sinti\*zze. Damit werden genau die Ausschlüsse und Dominanzverhältnisse, die sie kritisieren, reproduziert.

Gleichzeitig verwenden aber auch etablierte Institutionen und Selbstorganisationen wie der Zentralrat Deutscher

Sinti und Roma den Begriff Antiziganismus, aber auch viele einzelne in der Öffentlichkeit stehende Rom\*nja und Sinti\*zze. Andere Organisationen – wie z.B. der Bundes Roma Verband – orientieren sich an den Begriffen Antiromaismus und Rassismus. Eine vertiefende Debatte steht hier noch aus. Ich hoffe, dass diese in Zukunft breit und solidarisch unter unseren diversen Selbstorganisationen geführt wird, schätze aber selbst die Dringlichkeit anderer Diskussionen im politischen Feld als höher ein. ■

**Das Gespräch führte  
Koray Yilmaz-Günay**

# 04

## **DIVERSITÄTS- ORIENTIERTE ORGANISATIONS- ENTWICKLUNG IM KULTURBETRIEB:**

## **BESONDERE HERAUS- FORDERUNGEN UND BEWÄHRTE ANSÄTZE**

**Text: Bahareh Sharifi  
und Sandrine Micossé-Aikins**

## Der Status quo im Kulturbetrieb

Als Bereich, der sich selbst einerseits als Vorreiter politischer und gesellschaftlicher Entwicklungen versteht und in dem andererseits Tradition bewahrt und gepflegt werden soll, stellt der Kultursektor in Bezug auf Gleichstellungsprozesse ein Spannungsfeld dar. Die kritische Thematisierung von Ausschlüssen, Dominanzen sowie der Reproduktion diskriminierender Bilder und Sprache führt häufig zu einer Anrufung des Kunstfreiheitsbegriffs. Nicht selten erfolgt dies auch gepaart mit der Andeutung, eine Gleichstellung von Marginalisierten im künstlerischen Feld gefährde die Qualität künstlerischer Produktion, da im Transformationsprozess zunächst auf positive Maßnahmen zurückgegriffen werden muss, um die gesellschaftlichen Ungleichheitsverhältnisse auszubalancieren.

Ein erfolgreicher Antidiskriminierungsprozess setzt jedoch eine Hal-

tung voraus, die Multiperspektivität und den sensiblen und verantwortungsbewussten Umgang mit gesellschaftlichen Machtgefällen als Qualitätsmerkmal begreift. Schließlich ist auch die künstlerische Freiheit nur dann gewährleistet, wenn gleichberechtigte Zugänge zu Kunst und Kultur auf allen Ebenen existieren.

Das künstlerische Feld ist stark von Ausschlüssen geprägt, die von den Ausbildungsstätten über staatlich geförderte Institutionen bis hin zur Einzel- und Projektförderung reichen. Im Kern dieser strukturellen Benachteiligung steht ein Kunstverständnis, das sowohl von Klassendenken als auch von einem eurozentrischen und insgesamt normativen Weltbild gezeichnet ist. Wie kaum ein anderer Bereich erfordert ein Fortkommen und Bestehen im stark durch prekäre Arbeitsverhältnisse gekennzeichneten Kulturbereich die richtigen Beziehungen, aber auch eine finanzielle – häufig durch die Herkunftsfamilie gegebene – Absicherung. Unter anderem Menschen mit Behinderung,



Rassismuserfahrene und von Armut Betroffene sind im Kulturbetrieb personell, aber auch inhaltlich stark unterrepräsentiert.

Der Diversitätsbegriff erfreut sich dennoch großer Beliebtheit, wird jedoch häufig ohne klare Definition oder Methode verwendet. Konjunktur erlebte der Begriff mit dem Erfolg des Berliner Theaters Ballhaus Naunynstraße unter der Leitung von Sher-

min Langhoff und der Etablierung des postmigrantischen Theaters. Die mediale Aufmerksamkeit und seine «fachliche» Anerkennung brachten die Branche in Zugzwang, sodass sie sich punktuell anhand von Tagungen oder einzelnen Projekten dem Thema widmete. Mit der Übernahme des renommierten Berliner Stadttheaters Maxim Gorki durch Langhoff entstand kurzzeitig der Eindruck, dass das postmigrantische Selbstverständnis

im Mainstream angekommen sei. Die im Zuge des Willkommenssommers 2015 entstandene Inflation an Projekten mit Asylsuchenden zeigte aber deutlich, wie weit deutsche Kulturinstitutionen von einer antirassistischen Praxis entfernt sind. Die Einbindung von Asylsuchenden funktionierte statist\*innen- bzw. kulissenhaft. An der künstlerischen Umsetzung und Konzeption waren sie selten beteiligt. Zudem waren eine finanzielle Vergütung sowie anschließende Jobperspektiven aufgrund ihres juristischen Status zumeist nicht möglich.

Aufgrund der in Deutschland fehlenden adäquaten Benennungspraxen kommt es immer wieder zu einer Verwechslung von Diversität und Internationalität, durch die das Fehlen von Personen of Color, unsichtbar bleibt. Hinter einer «internationalen» Belegschaft stecken z.B. oft weiße Personen aus dem europäischen Ausland.

Der Betrieb spiegelt in der Regel nicht die Diversität der Gesellschaft wider, durch die er sich finanziert. Kultur-

institutionen, die in ihrer Besetzung homogen sind, können nicht einem diversen Publikum gerecht werden. Eine diversitätsorientierte Entwicklung erfordert daher die ganzheitliche Betrachtung des Zusammenwirkens von Ausschlüssen in Personal, Programm, Publikum und Zugängen.

### Zugänge: Kulturinstitutionen als Qualifikations- Ermöglicherinnen/Orte der Professionalisierung

Ausschlüsse beginnen bereits im Bildungsbereich. Da dies häufig voraussetzend geschieht – wenn beispielsweise Menschen mit Behinderung, Schwarzen Menschen und Menschen of Color ein Zugang zur Schauspielerschule mit dem Argument verwehrt wird, sie hätten keine Chance in Deutschland ein Engagement zu finden –, können Kulturinstitutionen sehr wirkmächtig werden, wenn sie sich um eine Repräsentation dieser Grup-

## Kulturinstitutionen sind gefordert, die ihnen zur Verfügung stehenden Ressourcen auch für das Empowerment kommender Generationen einzusetzen.

pen bemühen. Auch können Stipendienprogramme, angemessen vergütete Praktika und Einstiegsstellen, eine Praxis des «Hiring for Potential» (Einstellung auf Basis des Potentials), aber auch Ansätze der Kulturellen Bildung, die Gleichstellung anstelle von Teilhabe zum Ziel haben, langfristig einem diversen Fachkräftemangel entgegenwirken. Die Akademie der Autodidakten beispielsweise, deren Stücke teilweise in den Spielplan des Ballhaus Naunynstraße übernommen wurden, hat inzwischen vielen jungen Teilnehmenden den Weg auf die Schauspielerschule und in den Theater-

betrieb geebnet. Kulturinstitutionen sind gefordert, die ihnen zur Verfügung stehenden Ressourcen auch für das Empowerment kommender Generationen einzusetzen. Dazu gehört, sich, wenn möglich, auf politischer Ebene und in den eigenen Netzwerken für die Themen Diversität und Antidiskriminierung starkzumachen und die Schaffung von Zugängen auch über die eigene Institution hinaus (z.B. in der Förderung) zu bewirken.

### Personal: Auch eine Frage der Betriebskultur

Viele Kulturinstitutionen haben Schwierigkeiten, diverse Bewerber\*innen zu erreichen. Eine Institution, die nicht als divers und/oder diskriminierungskompetent wahrgenommen wird, muss zunächst eine andere Außenwahrnehmung herstellen – die idealerweise auch von internen, diskriminierungskritischen Veränderungsprozessen begleitet wird.



In den letzten Jahren ist Machtmissbrauch an deutschsprachigen Bühnen immer wieder von Theaterschaffenden thematisiert worden. Ein stark hierarchisiertes Arbeitsumfeld begünstigt dies. Eine solidarische und rücksichtsvolle Arbeitskultur hingegen erhöht die Wahrscheinlichkeit, dass diverse Mitarbeiter\*innen kommen und bleiben. Die dominanten Muster, nach denen viele Kulturinstitutionen, aber auch das größere

kulturpolitische Gefüge funktionieren, bleiben meist unbenannt, und sind Involvierten daher oft nicht bewusst: die Fokussierung auf Quantität (Besucher\*innenzahlen) anstatt auf Qualität (z.B. Beziehungen, Gefühle, Wohlbefinden), ständiger Zeitdruck und fehlender Raum für die Reflektion von Arbeitsprozessen, Organisationsstruktur, die fehlende Anerkennung von Erfolgen, stattdessen die Thematisierung von Misserfolgen, die Anhäufung von Macht bei einigen wenigen sind nur einige Aspekte, an denen Diversitätsprozesse scheitern können. Demgegen-

über stehen Schutzmechanismen, die Überarbeitung verhindern; ein wertschätzender, Umgang, transparente Entscheidungsprozesse, die sich um den Einbezug des Erfahrungswissens bemühen, und das Einplanen von Zeitfenstern für Reflexion und Iteration. Ein konkretes Beispiel sind faire und transparente Vergütungspraxen: Die im Kulturbereich übliche «Honorierung nach Verhandlung» wirkt sich in der Regel für diejenigen nachteilig aus, die auch gesellschaftlich schlechtergestellt sind. Eine Orientierung an oder das Aufsetzen von Tarifverträgen kann dem entgegenwirken. Durch das Einrichten einer Betriebskita oder von Hortangeboten, die sich den Arbeitszeiten von Kulturinstitutionen flexibel anpassen, kann die

Chancengleichheit von Frauen, bei denen aufgrund patriarchal geprägter Arbeitsteilung die Hauptverantwortung für Kinderbetreuung liegt, sowie Alleinerziehenden in der Kulturlandschaft gestärkt werden.

Viele dieser Ansätze erfordern zunächst eine zusätzliche Investition an Ressourcen. Daher ist es wichtig, dass solche Initiativen auch von Politik und Verwaltung unterstützt und nicht bestraft werden (wenn sie z.B. zunächst zu einem quantitativ geringeren Output führen).

Eine diskriminierungskritische Personalakquise beinhaltet auch die Überarbeitung von Bewerbungskriterien. Über Referenzen renommierter

**Eine solidarische und rücksichtsvolle Arbeitskultur erhöht die Wahrscheinlichkeit, dass diverse Mitarbeiter\*innen kommen und bleiben.**

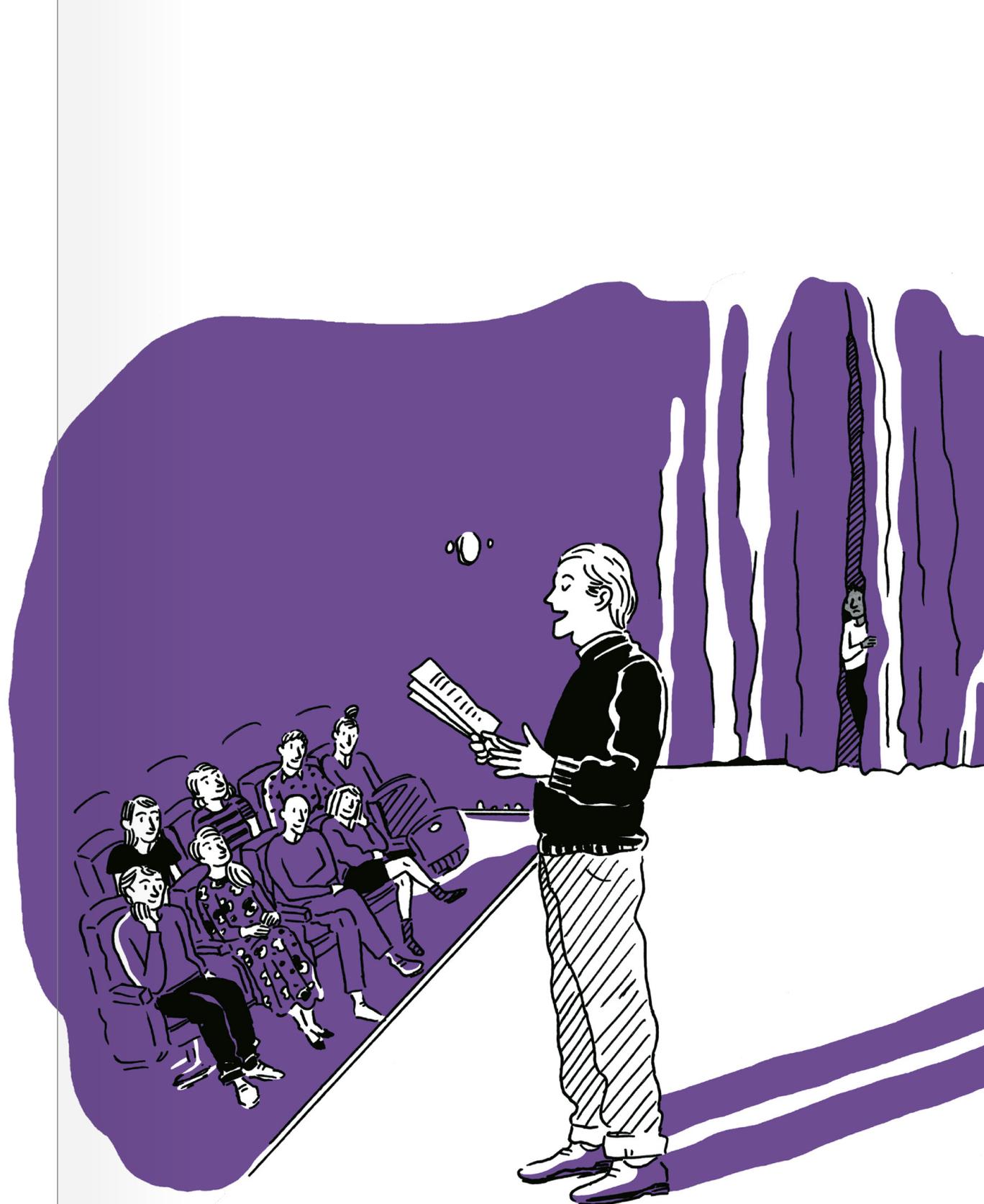
Kunsthochschulen und prestigeträchtiger Arbeitgeber\*innen verfügen Diskriminierungserfahrene aufgrund der bereits genannten Ausschlüsse seltener. Stattdessen gilt es, Ausschlüsse auf der Bildungsebene anzuerkennen, indem z.B. Quereinsteiger\*innen bewusst stärker berücksichtigt werden, aber auch Expertisen von Marginalisierten im Bewerbungsprozess abzufragen. Dazu können, z.B. Mehrsprachigkeit, Vernetztheit mit bestimmten Communitys, Antidiskriminierungskompetenz und die Kenntnis community-relevanter Diskurse gehören. Der konkrete Verweis auf bestehende interne Antidiskriminierungsprozesse kann Vertrauen fördern. Ein «Hiring for Potential»-Ansatz setzt den Fokus auf die Beweglichkeit der eigenen Institution sowie gemeinsames Lernen und Wachsen, anstatt auf das Festhalten an vordefinierten, oft unhinterfragten Standards.

Letztlich sollten sich Institutionen, die sich eine diversere Belegschaft wünschen, im Vorfeld einige Fragen stellen: Ist die Institution antidiskrimi-

## Durch regelmäßige Weiterbildungsangebote kann die Antidiskriminierungskompetenz aller erweitert werden.

minierungs-kompetent? Ist sie lernbereit? Gibt es diskriminierungssensible Weiterbildungskonzepte? Gibt es Anlauf- und Beschwerdestellen für Diskriminierte? Kann auf besondere Bedarfe eingegangen werden (z.B. in Form von barrierearmen Räumlichkeiten und Arbeitsmaterial)? Gibt es eine Bereitschaft dafür, mit Kritik von außen umzugehen?

Durch regelmäßige Weiterbildungsangebote kann die Antidiskriminierungskompetenz aller erweitert werden. Die Teilnahme an solchen Angeboten sollte, etwa im Rahmen des Bildungsurlaubs, als Teil der Arbeitszeit gelten.



Für einen nachhaltigen Perspektivwechsel müssen Kulturinstitutionen eine diskriminierungskritische, diversitätsorientierte Nachwuchsförderung mit dem Ziel betreiben, Quereinstiege und auch -aufstiege zu ermöglichen. Dafür müssen zugängliche, barrierearme Einstiegspositionen geschaffen und dabei explizit die Förderung von Nachwuchs mit Marginalisierungserfahrung, insbesondere Mehrfachdiskriminierung wie z.B.: Rassismus und/oder Behinderung sowie Klassismus berücksichtigt werden. Zusätzlich sollte Unterstützungsangebote bereitgestellt werden: Einplanung von Begleitung, Mentor\*innenschaft, Ansprechstrukturen, Qualifizierungsphasen und -angebote.

### **Programm: Wer? Zu wem? Wie? Über wen?**

Wie diskriminierungssensibel ein Programm ist, lässt sich nur sehr schwer durch allgemeine Kriterien bestimmen. Ein guter Ausgangspunkt ist jedoch die Frage: Wer spricht hier mit

## **Eine nachhaltige Verankerung von Multiperspektivität im gesamten Programm ist grundlegend.**

wem über wen und mit welchen Mitteln? Im Bereich Film haben sich der Bechdeltest und verschiedene Abwandlungen davon etabliert, um die Rollen von Frauen, Menschen of Color oder Menschen mit Behinderung zu bewerten. Diversity-Bewertungskriterien sind jedoch vielfältig und abhängig von Sparte, Diskriminierungsdimension, Intersektionalität und letztlich dem einzelnen Fall. Grundsätzlich lässt sich Folgendes sagen: Ein Programm, das sich gezielt an eine diverse Zuschauer\*innenschaft wendet, bezieht Marginalisierte im Idealfall von Anfang an auf allen Ebenen mit ein und gewährleistet so, dass sich eine Vielzahl von Perspektiven im Entstehungsprozess niederschlagen kann.

Ein diskriminierungssensibles Programm berücksichtigt die Vielfalt innerhalb dieser Perspektiven: Wenn also derzeit problematisiert wird, dass überwiegend Männer an deutschsprachigen Stadt- und Staatstheatern inszenieren, dann sollte gleichzeitig ausgeführt werden, dass es sich dabei um weiße, cis-gendered, nicht von Behinderung betroffene Männer aus der Mittelschicht handelt. Erst durch eine nuancierte Benennung können Ausschlusspraxen in Gänze erfasst werden. Des Weiteren ist Diversität im Programm nicht aufgrund des Vorhandenseins einzelner diverser Perspektiven abgehakt. Eine nachhaltige Verankerung von Multiperspektivität im gesamten Programm ist grundlegend.

Die Hinterfragung von Normativität durch künstlerische Mittel, Referenzen, Sprache und Bilder, die vom gängigen Kunstverständnis und Wissenskanon zwangsläufig abweichen, sollte Raum bekommen. Ein diskriminierungssensibles Programm erlaubt, dass marginalisierte Perspektiven

sichtbar werden, ohne dass sie sich rechtfertigen müssen. Es verzichtet auf die Darstellung von Marginalisierten aus Mehrheitsperspektive und lässt zu, dass z.B. Rollen im Theater von allen möglichen Körpern gespielt werden. Auch das Vermittlungsprogramm und die Öffentlichkeitsarbeit sind diversitätsorientiert und diskriminierungsbewusst ausgerichtet, marginalisierte Inhalte und Ästhetiken werden nicht durch sie überschrieben.

### **Publikum: Nicht zu unterschätzen**

Ein diverses Publikum zu erreichen, bedeutet, sowohl die Inhalte des eigenen künstlerischen Programms zu hinterfragen, als auch die Art und Weise, auf die diese rezipiert werden. Darüber hinaus stellt sich die Frage, welches Publikum im Schaffensprozess, in der Ansprache, in der Öffentlichkeitsarbeit imaginiert wird. Gibt es eine klare Vorstellung davon, welches bisher fehlt? Existiert in der In-

stitution Wissen über die Interessen, und die Bedürfnisse derer, die nicht da sind? Und wenn ja, woher kommt dieses – vermeintliche – Wissen? Aus welchen Gründen soll ein anderes Publikum erreicht werden? Geht es dabei vor allem um die Selbsterhaltung der Institution oder steht das genuine Bedürfnis dahinter, ein Ort zu werden, der für alle da ist?

In der Regel spiegelt das Publikum diejenigen wider, die sich in der Belegschaft einer Institution befinden. Wer (nicht) gemeint, wer (nicht) zu Wort kommt, schlägt sich in der Außenwahrnehmung nieder. Menschen, die eine Kulturinstitution für sich in Anspruch nehmen sollen, müssen die Gelegenheit bekommen, ihr gegenüber Vertrauen aufzubauen. Dies ist ein längerer Prozess, der nicht ohne die Berücksichtigung der Aspekte



## In der Regel spiegelt das Publikum diejenigen wider, die sich in der Belegschaft einer Institution befinden.

Programm, Personal und Zugänge auskommt. Kulturinstitutionen, die ein «neues» Publikum erreichen wollen, ringen häufig mit der Sorge, Stammgäste im Prozess zu verlieren. Oft wird auch behauptet, Produktionen, die marginalisierte Perspektiven in den Mittelpunkt stellen, fänden keinen Anklang und rentierten sich nicht. Diese Ängste verkennen das große Potential bisher nicht ausreichend berücksichtigter Zielgruppen. So ist der weltweite Erfolg des US-amerikanischen Superheld\*innen-Films «Black Panther», in dem nicht nur fast alle Charaktere mit Schwarzen Schauspieler\*innen besetzt sind, sondern Schwarze Perspektiven auch im Mittelpunkt stehen, ein gutes Beispiel dafür, dass diese sehr wohl ein großes Publikum ansprechen und darüber hinaus extrem rentabel sein können.

Auch der «Schwarzkopie» des Theaterstücks «Mittelreich» der jungen Schwarzen Regisseurin Anta Helena Recke gelang es, an den Münchner Kammerspielen, nicht nur einen großen Publikumserfolg zu erzielen, sondern auch Fachkritiker\*innen zu überzeugen. Die Produktion von ausschließlich Schwarzen Theater-schaffenden wurde zum renommierten Theatertreffen 2018 nach Berlin eingeladen. Die Inszenierung zeigt beispielhaft, dass diverse Repräsentationen selbst am weißen, bürgerlichen Stadttheater vom Publikum gewollt und gewünscht sind. Es bleibt zu hoffen, dass solche bisher nur vereinzelt existierenden Angebote bald häufiger für ein größeres Publikum zugänglich gemacht werden. ■

Dieser Text erschien zuerst in «Impulse zu Vielfalt 2018/6» bei DeutschPlus e.V. – Initiative für eine plurale Republik. Für den Wiederabdruck wurde er von den Autor\*innen aktualisiert und geringfügig gekürzt.

# 05

## TEILHABE UND DIE REPRÄSENTATION:



## GESCHICHTE UND TRANSNATIONALE BEZÜGE AM BEISPIEL DER EZID\*INNEN

**Text: Leyla Boran**

« Wir sollten nicht davon abgehalten werden, unser volles Talent zu entfalten und das beizutragen, was wir zur Gesellschaft beitragen könnten, weil wir in eine bestimmte Form gedrückt werden. Weil wir zu einer Gruppe gehören, die historisch immer Gegenstand von Diskriminierung war.»

Diese Worte Ruth Bader Ginsburgs könnten passender nicht sein, wenn es um die Rahmenbedingungen und Lebensverhältnisse von Menschen ezidischen Glaubens in der Bundesrepublik und weltweit geht.

Die Geschichte der vorchristlichen monotheistischen Religionsgemeinschaft ist geprägt von (Mehrfach-) Diskriminierung, aber auch von Gewalt- und vielfachen Genozid-Erfahrungen. Weder in den Herkunftsländern noch in der Bundesrepublik lässt sich von einer homogenen Gruppe sprechen, deswegen ist die Frage nach der «gemeinsamen» Teilhabe zunächst einmal verstellt. Gemeinsamkeiten bestehen vor allem darin, dass alle Menschen ezidischen Glaubens aufgrund ihrer Religionszugehörigkeit über Jahrhunderte Verfolgung, Vertreibung und versuchte Auslöschung erlebten und erleben. Bis heute sind solche Gründe ursächlich für Flucht und andere Formen der Migration.

Weltweit besteht die Religionsgemeinschaft nur noch aus knapp einer Million kurmanci-sprachigen Menschen, von denen die Mehrheit trotz des aktuellen Genozids/Feminizids in der Region Shengal im Irak lebt, aber auch in Teilen Syriens. Menschen ezidischen Glaubens zufolge sind die

## **Diskriminierung, Verfolgung und Massaker führten zum fast vollständigen Ausschluss von Grund- und Freiheitsrechten, aber auch von Teilhabeprozessen.**

Verbrechen des sogenannten Islamischen Staates (IS) seit dem 3. August 2014 der 73. Genozid, manche sprechen vom 74. Genozid, den die Glaubensgemeinschaft erleiden muss. Die Hauptsiedlungsgebiete erstreckten sich seit Jahrtausenden über die heutigen Staaten Irak, Syrien, Türkei und den Iran. Im Zuge vom Machtwechseln und kolonialer und anderer Grenzziehungen und -verschiebungen wurden zahlreiche Familien getrennt. Keine der Staaten berücksichtigte die Interessen, die Sprache oder die Religionszugehörigkeit. Diskriminierung, Verfolgung und Massaker führten zum fast vollständigen



Ausschluss von Grund- und Freiheitsrechten, aber auch von Teilhabeprozessen. Eine niedrige bis keine Alphabetisierung in der eigenen Sprache, Ausschluss vom Schulbesuch, das Verbot offener Religionsausübung und anderer elementarer Menschenrechte waren auch eine Folge der Dezimierungs- und Assimilierungspolitiken.

Die aufenthaltsrechtliche Situation der in Deutschland lebenden Menschen ezidischen Glaubens ist unterschiedlich – je nach Herkunftsstaat, wo sie entweder eine Staatsangehörigkeit besaßen oder aber staatenlos waren. Ein Großteil ist rechtlich Ausländer\*in, weiterhin staatenlos bzw. mit ungeklärter Staatsangehörigkeit,

selbst wenn sie in Deutschland geboren oder hier eingewandert sind. Menschen ezidischen Glaubens aus Syrien, die in Deutschland einen Einbürgerungsantrag stellen, sind etwa mit der Problematik konfrontiert, dass sie aufgrund der fehlenden syrischen Staatsangehörigkeit, die vielen dort nach der Staatsgründung verwehrt wurde, gar keine Staatsangehörigkeit aufgeben konnten.

Der andauernde Genozid/Feminizid hat dazu geführt, dass sowohl in den Herkunftsländern als auch in der Diaspora Menschen aktiver am politischen Leben teilnehmen. Sie haben als Konsequenz gezogen, dass das Sich-selbst-Organisieren Schutz gewährleisten kann. Dort, wo die Staaten versagten, wurde die Unsichtbarkeit überwunden, die für das Überleben teilweise wichtig war. Teilhabe hat die gemeinschaftlich-kollektiven Strukturen verlassen und findet nun in einem weiteren Rahmen statt.



Menschen ezidischen Glaubens sind nunmehr in nationalen und internationalen Regierungsorganisationen und Nichtregierungsorganisationen aktiv. Bis auf den deutschen Bundestag sind sie inzwischen in ihren Herkunftsländern und auch in der Diaspora – wie Armenien, Georgien und Russland – in nationalen Parlamenten, wenn auch in sehr geringer Anzahl, vertreten. Auch in der Wissenschaft und allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens sind sie inzwischen weltweit vermehrt anzutreffen.

In Deutschland gibt es bislang keinen muttersprachlich-kurdischen (kurmanci) Unterricht. Diese Bedingungen, um Teilhabe zu ermöglichen oder zu erleichtern, müssen noch ge-

schaffen werden. Auch der Unterricht der ezidischen Religion sollte gefördert werden. Dabei ist die Einbeziehung der Menschen ezidischen Glaubens unerlässlich, insbesondere, wenn Maßnahmen sie selbst betreffen. Eine Aufteilung der Betroffenen in «gute» und «schlechte» ist dabei ebenso abzulehnen wie die Generalisierung «die» Ezid\*innen. Menschen ezidischen Glaubens waren trotz der diskriminierenden Umstände immer bemüht, im eigenen Namen zu sprechen und Homogenisierungen entgegenzuwirken, wenn es um gesellschaftliche und politische Prozesse geht. Egal ob das Thema Meinungsfreiheit, das Recht auf Muttersprache, journalistische Betätigung, Religionsfreiheit, Geschlechtergerechtigkeit, Menschenrechte, Kinder- oder LGBTIQ\*-Rechte waren. Sie standen immer auf der Seite der Demokratisierung und der Stärkung von Demokratisierungsprozessen.

## **Es sollten adäquate Rahmenbedingungen geschaffen werden, um Teilhabe zu ermöglichen. Essentiell wäre dabei, Betroffene bestimmen und gestalten zu lassen.**

Die Teilhabe von Ezid\*innen kann nur gelingen, wenn sie nicht als homogene Gruppe, sondern als vielfältige Menschen wahrgenommen werden, die aufgrund eines gemeinsamen Merkmals Diskriminierung, Verfolgung, Vertreibung und Genozide erlebt haben.

Die Annahme und die Zuschreibung einer homogenen «Community» würde die Realität nicht adäquat widerspiegeln. Die Diversität, gleichwohl es viel Gemeinsames gibt, erschwert also Teilhabe und Repräsentation, stellt aber auch eine Herausforderung dar, die Teilhabe und Repräsentanz von Menschen ezidischen Glaubens in Deutschland zu analysieren und zu besprechen. Gerade die unterschiedliche Betroffenheit verschiedener Geschlechter führt zu Spezifika, die es zu berücksichtigen gilt. Wenn sexualisierte Gewalt seit Jahrzehnten

zum Erleben vor allem von Frauen\* gehört, wie bei dem aktuellen Genozid/Feminizid, wo Frauen und Kinder auf sogenannten Sklav\*innen-Märkten verkauft und als Haus- und Sexsklav\*innen vom sogenannten IS und seiner Verbündeten missbraucht wurden. Gewalt gegen Frauen\* im Allgemeinen ist allerdings ein Thema, das alle anderen «Communitys» genauso betrifft. Generalisierungen sind grundsätzlich fehl am Platz.

Es wären Förderprogramme und Förderfonds für marginalisierte Gruppen notwendig, um Wege, die Teilhabe erleichtern können, bestreiten zu können. Es sollten adäquate Rahmenbedingungen geschaffen werden, um Teilhabe zu ermöglichen. Essentiell wäre dabei, Betroffene bestimmen und gestalten zu lassen.

Es sollten Schutzräume für Marginalisierte zur Verfügung gestellt werden. Die Bedingungen dafür sollten so angelegt sein, dass Entfaltungsmöglichkeiten entsprechend der Bedürfnisse der Betroffenen geschaffen werden, statt durch die Lesart außenstehender Betrachtender bestimmt zu werden. Auch sollte vor allem in den Austausch und Dialog mit den Betroffenen gegangen werden. Entscheidungen können nicht «im Namen der Betroffenen» gefällt werden.

Es sollten Mittel bereitgestellt werden für die Entwicklungszusammenarbeit. Denn es lebt die höchste Anzahl der Menschen ezidischen Glaubens noch im Irak, was bedeutet, dass dort die Fluchtursachen beseitigt und dass vollumfängliche humanitäre Hilfe geboten werden sollten. Dies schließt die Anerkennung des aktuellen Genozids/Feminizids an Ezid\*innen mit ein, inklusive der rechtlichen Konsequenzen für die Staaten/Staatsvertreter\*innen, die den sogenannten IS unterstützt haben bzw. weiterhin unterstützen. Diese Verbrechen



sollten auf nationaler Ebene (in der BRD), aber auch nach internationalem Recht und auf internationaler Ebene konsequenter (straf-) rechtlich geahndet werden.

Wenn Menschen Jahrhunderte lang und immer wieder entrechtet und diskriminiert werden und ihre Mühen, sich aktiv an Prozessen für Demokratie einzusetzen, mit Freiheitsentziehung und Menschenrechtsverletzungen bestraft werden, bedarf es einer besonderen Sensibilität im Umgang mit ihnen und mit Themen, die diese Menschen betreffen und bewegen. Die Partizipation und die Repräsentation in einem Land müssen die geschichtlichen und transnationalen Bezüge immer vor Augen halten. ■



06

**ES IST LEIDER  
UNINTERESSANT,**



# **JÜD\*INNEN DABEI ZU HABEN**

**Ein Gespräch mit [Debora Antmann](#)**

« Solange Jüd\*innen keine Infrastruktur haben,  
wäre es das Solidarischste, Infrastruktur zu teilen.»

**Die Selbstbezeichnungen der Communitys sind in antirassistischen Diskursen und Räumen von sehr hoher Bedeutung. Kannst du für uns eine Selbstbezeichnung für Jüd\*innen in Deutschland vorschlagen? Welche Selbstbezeichnung verwendest du?**

*In dieser Frage sind zwei spannende Sachen drin. Das eine ist ja tatsächlich, dass der Begriff Jüd\*innen eingereicht wird mit Selbstbezeichnungen wie PoC, wie Schwarz. Das sind alles politische Begriffe – widerständige Begriffe, die als politische Selbstbezeichnungen entstanden sind. Jude, Jüdin, Jüd\*innen – vielleicht am ehesten Jüd\*innen mit Sternchen – sind das nicht. Das sind einfach sehr alte Begriffe, die historisch älter sind als Antisemi-*

*tismus, also älter als die Widerständigkeit, die Teil unserer Lebensrealität ist ... Gleichzeitig gibt es kein Äquivalent. Es gibt keine politische Selbstbezeichnung. Jüd\*in ist ja trotzdem eine politische Position innerhalb dieser Gesellschaft. Es gab schon immer ein politisches Verständnis von Jüdisch-Sein. Es gibt eine politische Dimension, die dem Judentum inhärent ist. Das lässt sich nicht einfach herauslösen. Es ist aber auch nicht richtig, das einfach einzureihen und nicht zu sehen, dass es da einen Unterschied gibt zu anderen Begriffen der Widerständigkeit.*

*Der Community-Begriff hat auch eine ganz andere Bedeutung, was damit zu tun hat, was Community aus jüdischer Perspektive in Deutschland bedeutet.*

**Es gab schon immer ein politisches Verständnis von Jüdisch-Sein.  
Es gibt eine politische Dimension, die dem Judentum inhärent ist.**

**Es ist für viele nur ein Anfang, überhaupt auf die Idee zu kommen, außerhalb der institutionalisierten Strukturen zu denken, weil es lange das einzige war, was für uns geschaffen wurde.**

*Die Strukturen, die wir hier haben, sind alle massiv institutionalisiert. Jüdische «Community-Strukturen». Ich bin Jüdin, ich bin Lesbe, ich bin behindert. Ich zähle mich zu sehr unterschiedlichen Communitys. In all denen bedeutet der Begriff: das, was wir außerhalb der Institutionen geschaffen haben, das, was unser Alltag ist, das, was durch Zufall gewachsen ist oder von uns geschaffen wurde. Da, wo wir die Regeln selbst bestimmen. Da, wo wir auch einfach nur Spaß haben oder nur Party machen. Aus jüdischer Perspektive ist es all das nicht. Dort bedeutet Community: Gemeinde, Studierenden-Union, Zentralwohlfahrtsstelle – also all die Ausläufer des Zentralrats der Juden in Deutschland, weil es keine andere Infrastruktur gibt, also genau das Gegenteil zur Regellosigkeit. Da sind die Regeln sehr klar vorgegeben, da gibt es zum Teil sogar die Pflicht,*

*Nachweise zu erbringen, dass man da hin und Teil sein darf. Da bedeutet Community die wortwörtliche Übersetzung von Gemeinde.*

*Ein bisschen ist das im Wandel, seit ein paar Jahren passiert das, was in den 1990er Jahren in anderen Communitys passiert ist: dass es einen Aufbruch gibt, dass sich Sachen entwickeln, dass wir eine eigene Infrastruktur schaffen, dass es laute politische Stimmen gibt ... Und trotzdem ist es für viele nur ein Anfang, überhaupt auf die Idee zu kommen, außerhalb der institutionalisierten Strukturen zu denken, weil es lange das einzige war, was für uns geschaffen wurde.*

**Auf diesem Punkt mit Institutionalisierung und Regelsetzung würde ich gern zurückkommen. Ich habe den Eindruck, dass jüdische Perspektiven, vor allem auch feministische und queer-feministische Perspektiven und Narrative kaum in Denkprozessen auftauchen. Aktuell nehme ich wahr, dass jüdische Expert\*innen, Menschen, Perspektiven an historischen Gedenktagen, bei Anschlägen oder Fragen zum Nahost-Konflikt in die Diskurse eingebracht – oder angefragt – werden. In anderen Diskursen, etwa zur Repräsentanz auf der politischen Ebene, sind sie kaum zu finden. Fragen wie: Wie viele sitzen im Bundestag, wie viele sind in den Parteien oder in der Jugendpolitik? fehlen. Wie erklärst du dir das?**

2021 war das besonders schön zu sehen, während des Festjahres «1.700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland». Allein das Framing jüdisches Leben ... Das ist ein krasser Begriff geworden. 1.700 Jahre queeres Leben wäre zum Beispiel super unangenehm als Begriff. Immer ist es dieser histori-

## **Es ist leider uninteressant, Jüd\*innen «dabei» zu haben – auf Plakaten kann man sie nicht unterscheiden von allen anderen.**

*sche Blick. Wir reden nicht über jüdische Zukunft in dieser Retrospektive – und wir reden auch in einem Kontext, wo jüdisches Leben schon viel länger da ist, als Deutschland existiert. Wir könnten es auch framen als «1.700 Jahre Jüd\*innen und Deutschland kam danach». Es ist ganz interessant, wie die Perspektive in diesem Jahr noch einmal mehr gezeigt hat, wie wir tatsächlich eingebettet werden in einen historischen Kontext und immer in Relation zu Deutschland. Und Repräsentanz, wie du gesagt hast: Warum sind wir kein Diversity-Marker? Das ist ganz einfach zu erklären. Wenn man so ganz klassisches Diversity hat, mit dem man sich hervortun will, dann müssen es Leute sehen. Jemand soll raufgucken und verstehen:*

*Wir haben jetzt die Rollstuhlfahrerin und den Schwarzen Mitarbeiter oder Parteiangehörigen usw. Wir werden nicht den Rabbiner in der Partei haben, dem man es vielleicht ansieht, weil er einen Hut trägt, das ist eher selten. Ansonsten sind Jüd\*innen sehr unsichtbar. Das bedeutet, wir müssten gewährleisten, dass diese Personen permanent bestimmte Symbole tragen – aber das machen ja die meisten von uns gar nicht. Hinter der Diversity-Management-Sicht stehen ja keine kritischen Ideen. Deswegen ist es leider uninteressant, Jüd\*innen «dabei» zu haben – auf Plakaten kann man sie nicht unterscheiden von allen anderen.*

## **Wie viel Abstand liegt zwischen mir und der Gefahr, sichtbar zu sein, weil es mich mein Leben kosten kann?**

**Für einige ist ja Sichtbarkeit auch eine Gefahr und überhaupt nicht gewollt. Zumindest nicht mit einer spezifischen Identität. Wann möchte man das? Wo ist der Raum, wo es möglich ist, sichtbar zu sein?**

*Es gibt ja Jüd\*innen of Color, aber diese Übersetzung gibt es im öffentlichen Raum nicht. Sie werden einfach als PoCs gelesen wie alle anderen PoCs auch. Ich sage das mit Vorsicht. Aber niemand würde in der Bildsprache verstehen, dass sie dort als Jüd\*innen stehen. Natürlich ist Sichtbarkeit auch eine Kontext- und Generationenfrage, weil die sich ja ganz stark unterscheiden. Ab wann ich sichtbar sein kann, hat natürlich etwas damit zu tun, wie viel Abstand ich zum Leben in unmittelbarer Verfolgung habe. Wie viel Abstand liegt zwischen mir und der Gefahr, sichtbar zu sein, weil es mich mein Leben kosten kann.*

*Und dann gibt es noch den Umstand, dass wir natürlich auch immer wieder unsichtbar gemacht werden, weil wir aus der Geschichte geschrieben wur-*

den und werden, weil wir in die Anonymität abgeschoben werden, weil Namen nicht genannt oder vergessen werden. Auch das sorgt dafür, dass wir im Diskurs als nicht relevant gelten, obwohl wir vielleicht sehr relevant waren.

**Wenn wir Repräsentanz nicht nur bezüglich Diversity angucken, sondern auch als Demokratie-Defizit, wenn ich auf Jugendgruppen gucke, die in bestimmte Strukturen keinen Eingang finden, auch nicht ihre Belange. Sie fehlen dann auch in Entscheidungsprozessen. Das passt mit einer repräsentativen Demokratie nicht zusammen. In diese Richtung habe ich keine Diskussion mitbekommen.**

Die gibt es auch nicht, weil die visuelle Sichtbarkeit fehlt. Wir werden im Sinn von Repräsentanz nicht mitgedacht, weil Debatten zu kurz gedacht werden. Wir beeinflussen Debatten durch das, was wir sagen, wie wir es sagen, warum wir es sagen, nicht nur durch un-

ser Da-Sein und unsere Sichtbarkeit. Das andere ist, dass es ein Verständnis davon gibt, dass Jüd\*innen, die am wenigsten Betroffenen von allen sind, weil es den Mythos der christlich-jüdischen Kultur gibt. Von wegen: Wir sind ja da und haben eh alles mitgeprägt, Judentum und Christentum ist eh dasselbe. Absurderweise gibt es diesen Mythos, dass wir überversorgt seien, dass wir Ressourcen haben, gut positioniert sind, auch in der Antidiskriminierungsarbeit. Das hat viel mit Antisemitismus zu tun. Das führt dazu, dass wir tatsächlich unterversorgt



## Wir haben ganz wenig Podien außerhalb von religiös geprägten Strukturen, um in Debatten gehört zu werden.

sind. Dieser Widerspruch wird aber nicht gesehen, weil es eine gefühlte Wirklichkeit gibt, die unterstützt wird durch solche Bilder wie «Polizeischutz für Synagogen». Tatsächlich ist die Realität aber, dass keine andere Community so wenig Infrastruktur hat. Wir

haben ganz wenig Podien außerhalb von religiös geprägten Strukturen, um in Debatten gehört zu werden.

Das ist es, was sich in den letzten paar Jahren ein bisschen ändert. Wir sind da nicht, weil wir den Weg hinein nicht haben, weil die Struktur fehlt. Wir sind da nicht, weil wir nicht gesehen und gehört werden. Weil wir vermeintlich uninteressant für die Debatten sind – und weil man glaubt, wir seien die letzten, die es brauchen.



**Welche Räume brauchen denn jüdische Aktivist\*innen, politisch aktive Menschen, vor allem auch junge jüdische Menschen, um so eine Deutungshoheit zu gewinnen? Gibt es solche Räume schon?**

*Es braucht einen Debattenraum, in dem deutlich wird, dass es so etwas wie ein säkulares Judentum gibt, das keine Form der Ent-Transzendenz des religiösen Judentums ist, also nicht das Judentum ohne Religion, sondern politische Welten, die dem Judentum ohnehin inhärent sind. Eine Daseins- und Existenzberechtigung also, ohne sie zu «halben Jüd\*innen» zu machen, denen der religiöse Aspekt fehlt, die fragmentierte Jüd\*innen sind.*

*Generell müssen wir über Debatten zu Antisemitismus neu nachdenken. So, wie sie gerade stattfinden, dienen sie null dazu, dass Jüd\*innen ihre Lebensrealität beschreiben können. Diese Debatten sind dazu da, dass andere Leute über andere Leute schreiben können. Wir brauchen also eine Debattenverschiebung, ein Bewusstsein*

*für die Entstehungszusammenhänge der Theorie des Antisemitismus, wie sie funktioniert, auch im Kontrast zu Rassismus, die viel alltagstauglicher sind, auch sprachlich viel tauglicher sind. Wir müssen eine ganze Welt aufbrechen, damit wir überhaupt sprachlich existieren können. Jüd\*innen existieren immer irgendwie dazwischen. Das ist kein neues Problem, es ist die Realität der Diaspora. Solange Jüd\*innen keine Infrastruktur haben, wäre es das Solidarischste, Infrastruktur zu teilen, Räume, auch Wissen darüber, wie Community sich bildet. Dieses Wissen bildet sich nicht aus dem Nichts, wenn alles zerstört wurde. Es ist nicht so, dass wir einfach nur dasitzen und es nicht machen. Es sind wirklich große Fragezeichen, wie man dahin kommt. Natürlich können wir Räume anmieten und gucken, was passiert, aber es gibt so viel Wissen in anderen Communitys, dass es sehr schön wäre, das mit uns zu teilen.*

*Es braucht Räume auch ohne German Gaze, in denen wir überlegen können, wer wir sind und wer wir alles sein können, ohne dass von außen*

## **Jüd\*innen existieren immer irgendwie dazwischen. Das ist kein neues Problem, es ist die Realität der Diaspora.**

*immer jemand draufguckt und bewertet, ob das so funktionieren kann. Bevor Repräsentanz stattfinden kann, müssen wir für uns gucken, wer wir sein könnten, auch im Sinn visueller Selbstbestimmung. Es gibt das bisher nicht. Bilder von Jüd\*innen sind so eingeschränkt – wie wir aussehen, was Wehrhaftigkeit bedeutet ... 80 Jahre Bilder von Partisan\*innen, das ist das, was wir haben.*

**In unserer Projektarbeit hast du einen Verein, eine Organisation, vielleicht auch in einem lokalen oder größeren Netzwerk. Da gibt es bestimmte Regeln, wer mitmachen darf. Da ist ein bürokratischer Rattenschwanz. Das ist etwas anderes als politische Forderungen auf der Straße, aber viele gehen diesen Weg, v.a. die großen. Wie passen deine Gedanken da hinein?**

*In der jüdischen Gerichtsbarkeit ist das so – und das ist ja eine Institution, deswegen passt das ganz gut –, dass siebzig Richter in einem Kreis sitzen, der nicht geschlossen werden darf, damit Gott oder eine andere Perspek-*

*tive auch noch reinkommen kann, das ist eine sehr gute Symbolik. Egal, wer reinkommt, es muss ein Platz da sein. Wenn noch jemand reinkommt, musst du wieder umräumen, damit dann noch jemand reinkommen kann. In solchen Symboliken zu denken, verändert ja, wie du in einem solchen Raum sprichst. Wenn sich alle siebzig Richter – und ich gendere das bewusst nicht –, wenn sich alle siebzig Richter einig sind, ist das Urteil ungültig und das Verfahren geht von vorn los. Dann ist etwas nicht kosher, weil Leute bestochen wurden. Es gibt immer konträre Meinungen. Es gibt also kein Wissen in diesem Raum, wenn sich alle einig sind. Mit dieser Idee daran zu gehen, ändert die Vorstellung von Wissen. Wenn wir alle Vereine sind und alle dieselbe Struktur haben, gibt es nicht die Möglichkeit, den Kreis offen zu lassen und unsere Institutionen so zu bauen, dass wir deutlich machen, dass Leute reinkommen können und dass wir sie hören. ■*

**Das Gespräch führte  
Nursemin Sönmez.**

# 07

## TEILHABE UND CO: BESTEHENDE VERHÄLTNISSE

## EINFACH EIN WENIG VIELFÄLTIG- GER MACHEN?

**Text:** Saraya Gomis

**J**ahrzehntelange Integrations- und Migrationspolitik, Forderungen nach Teilhabe, Inklusion, Repräsentation, Partizipation, Intersektionalität, Diversity – und: Debatten um Rassismus.

Was dabei immer wieder auffällt, ist das Rassismus-Verständnis hierzulande. Unabhängig von der Forschung oder der Arbeit von Selbstorganisationen und Bewegungen drückt sich darin bis heute der lange verwendete Begriff der Ausländer- oder Fremdenfeindlichkeit und die alleinige Bezugnahme auf Flucht und Asyl aus. Darüber hinaus wird Rassismus, abgesehen von oftmals nicht besonders spannenden Auseinandersetzungen mit und über strukturellem Rassismus, vorrangig über (individuelle) Vorurteile und die Arbeit gegen Vorurteile «bearbeitet».



Die antirassistische Arbeit fokussiert dann häufig Workshops, die «sensibilisieren» und individuelle Denk- und Verhaltensweisen verändern sollen. Neoliberale Verständnisse von antirassistischer Arbeit betonen dabei besonders die «(beschnittenen) Freiheit(en), Umwege und Hürden». Sie erzählen gleichzeitig gern individuelle und persönliche Erfolgsgeschichten. Durch Vorbilder und auch Bildung sollen (individuelle) Diskriminierungen reduziert und Erfolgsgeschichten produziert werden.

In unterschiedlichen Ansätzen antirassistischer Arbeit wird neben Bildung und sogenannter Sensibilisierung ein Fokus auf eine reine Repräsentationspolitik gelegt. Marginalisierte Gruppen unserer Gesellschaft sollen angemessen repräsentiert werden. Entsprechendes findet sich in vielen Handreichungen und Empfehlungen. Klar geteilte Verständnisse von Rassismus fallen dabei meist ebenso wie politische Positionen, Inhalte und Ziele unter den Tisch. Es wird zur schier unmöglichen

## **Klar geteilte Verständnisse von Rassismus fallen meist ebenso wie politische Positionen, Inhalte und Ziele unter den Tisch.**

Aufgabe, die Bevölkerung ohne Essentialisierung abzubilden, wenn Abbildung denn überhaupt gewollt wird. Mangels entsprechender (Arbeits-) Plätze für die angemessene Repräsentation der heterogenen, verwobenen und spezifischen Identität(en) folgen Festschreibungen und damit immer auch zu Verkürzungen. Möglicherweise sollen nur einige wenige die «Vielfalt» sein; auch damit wir die Aufsteiger\*innen weiter feiern können? Und einen Bambi gibt man zunehmend den (post-) migrantischen Anderen für ihre besondere (integrative) Leistung dazu.

Radikal allerdings erscheint manchen Gegner- oder Kritiker\*innen von Repräsentation, denen eine solche Politik bereits zu weit geht, dabei die Forderung nach prozentual entsprechender Abbildung der gesamten Gesellschaft in den Strukturen und Institutionen. Das sei der eigentliche Rassismus! Manchmal führt die Forderung nach einer «Quote» auch zur vollständigen Negation von positiven Effekten von Maßnahmen wie etwa der Frauenquote. Andernorts führt

## **Manchmal führt die Forderung nach einer «Quote» auch zur vollständigen Negation von positiven Effekten von Maßnahmen wie etwa der Frauenquote.**

der Wunsch, die real vorhandenen Menschen auch tatsächlich vorkommen zu lassen, lediglich zu hektischem Suchen nach den Personen XYZ, die auf dem Foto für die Homepage Vielfalt glänzend darstellen.

Diversity – in Abkürzung von Diversitätspolitik – ist inzwischen für viele ein Konzept, das abgelehnt wird, da es – nachdem die dazugehörigen Differenz und Dominanz neoliberal geschluckt worden oder in Unkenntnis versunken sind – meist nur noch als Vielfalt gedacht. Gemeint wird vor allem die Personalgewinnung in der Arbeitswelt: Erschließen Sie neue Märkte, gleichen Sie Fachkräftemangel aus, gewinnen Sie durch vielfältige Teams an Innovation! Leistungsfähigkeit, Erfolg, Standortvorteil und die offene Gesellschaft! So sind Diversity-Beauftragte häufig auch an Personalabteilungen angedockt. Von systemischen rassistischen Ausschlüssen zu sprechen, wird hier oft unnötig und wird uns freundlicherweise «erspart». Für andere mag Diversity eine Möglichkeit sein mitzuspielen, Karriere

überhaupt machen zu können usw. Im Sinne eines «Retten, was zu retten» ist, versuchen gleichzeitig antirassistisch Engagierte und Bewegte den Schaden des (Weg-) Filterns in den besagten Workshops mit «Diversity als Werkzeug» zumindest zu minimieren.

Wenn Rassismus aber als gesellschaftliches Verhältnis und kapitalistisches «Werkzeug» verstanden wird, das und das Zusammenleben im umfassenden Sinn «gestaltet», müssen viele Maßnahmen (-bündel), die keine (gesamt-) gesellschaftliche Umgestaltung zum Ziel haben, mit Resignation betrachtet werden. Es muss darum gehen, auch jene Leben zu verbessern, die überhaupt nichts von Quoten oder möglichen positiven Effekten von Workshops im Sinne ihrer Lebens-, Arbeits-, Wohnbedingungen hätten.

Was ist also der Antirassismus – und welche Ziele verfolgt er? Geht es um den Abbau von «Hürden», um den «Aufstieg» im bestehenden System? Ist die einzelne Maßnahme das Pro-

blem oder die fehlende (Einbettung in eine) Strategie? Welche politischen Bündnisse und Bewegungen machen den Antirassismus aus?

Wer hat (möglicherweise) welche materiellen Vorteile und kann durch den spezifischen Antirassismus mit «am Tisch» sitzen? Wer kann davon profitieren? Und war es das dann?

Rassismus ist mit allen materiellen und immateriellen Folgen ein soziales Herrschaftsverhältnis, das sich in – gar nicht so – individuellen Einstellungen und Verhaltensweisen, aber auch im Zugang zu Ressourcen widerspiegelt. Denn die sozialen Unterschiede, die über Rassismus gerechtfertigt werden, existieren wirklich. Gleichzeitig werden diese Unterschiede über Rassismus immer wieder neu hergestellt. Welche Strategien sind für wen hilfreich, für wen nicht? Sind die gewünschten und möglicherweise erzielten Veränderungen im Sinn aller, oder nur hilfreich für einige? Bafta Sarbo weist darauf hin, dass «Gleichstellung oder Chancengleichheit die

Armut vielleicht «bunter» machen, aber sie bleibt erhalten». In Ergänzung dieser Worte: Gleichstellung oder Chancengleichheit machen Macht vielleicht etwas bunter, aber sie bleibt erhalten. ■



## BEITRAGENDE

### **Debora Antmann**

Debora Antmann ist Online-Kolumnistin, politische Bildnerin, freie Autorin und wissenschaftliche Mitarbeiterin am Jüdischen Museum Berlin, Aktivistin, wütende Jüdin, semi-aktive Körperkünstlerin und verhinderte Superheldin. Seit über zehn Jahren arbeitet sie zu jüdischer-lesbischer Widerstands- und Intersektionalitätsgeschichte, jüdischen Selbstbestimmungs- und Communityprozessen, Intersektionalität, Heteronormativität und Behinderung. In unzähligen Sammelbänden finden sich Beiträge von A wie Antisemitismus bis Z wie Zusammenhalt von ihr – alles immer aus dezidiert jüdischer und lesbischer Perspektive. In verschiedenen Formaten inszeniert sie jüdisch-queere Interventionen zur visuellen Selbstbestimmung und leitet seit 2020 den jüdischen FLinta\*-Austausch- und -Empowerment-Raum «Tsuris&Tseschmetter».

### **Leyla Boran**

Leyla Boran ist Juristin und Beraterin von Migrant\*innen-Organisationen mit den Schwerpunkten FLGBT\*I\*Q+, Ezdayî sowie BIPoC-Frauen\* und Teilhaberechte von marginalisierten Gruppen in Deutschland, aber auch international. Sie hat mehrjährige Rechercharbeit in Kriegs- und Krisenregionen geleistet und betreibt Interessensvertretung zum andauernden Genozid/Feminizid an den Ezdayî und für die Ezdayî und für die Opfer von Menschenrechtsverletzungen durch den sog. IS und seiner Verbündeten, u.a. zur Erreichung der weltweiten Strafverfolgung der Taten und Anerkennung des Genozides/Feminizides an den Opfern der Menschenrechtsverletzungen. Sie war mehrere Jahre Mitglied der Berliner Härtefallkommission.

### **Netzwerk Staatsangehörigkeit**

Das Netzwerk besteht aus rassismuskritischen Interessenvertretungen, Selbstorganisationen, Initiativen und Einzelpersonen, die sich in ihrer alltäglichen Arbeit mit dem Unrecht im Staatsbürgerschafts- und Asylrecht auseinandersetzen müssen. Miman Jasharovski, der wie so viele zwar in Deutschland geboren wurde, aber keine deutsche Staatsangehörigkeit besitzt, initiierte zusammen mit der Initiative «With Wings and Roots» die Vernetzung. Gemeinsam arbeitet das Netzwerk für ein inklusives und gerechtes Staatsangehörigkeits- und Einbürgerungsrecht.

### **Saraya Gomis**

Saraya Gomis ist ehrenamtlich umtriebig.

### **Jibran Khalil**

Jibran Khalil wurde 1988 in Karachi (Pakistan) geboren, wo er auch zur Schule ging und studierte. Er erwarb dort einen Master in Public Administration. Seit Juni 2013 wohnt Jibran Khalil in Brandenburg, zuerst in Eisenhüttenstadt, dann in Teltow und Michendorf. Zurzeit wohnt er in Potsdam und studiert Childhood Studies and Children Rights an der dortigen Fachhochschule. Jibran Khalil leitet Workshop und Seminar-Wochenenden zu Themen wie (Anti-) Rassismus, Empowerment und Selbstorganisation. Seit Ende 2013 ist er aktiv bei den Jugendlichen ohne Grenzen, einem 2005 gegründeten bundesweiten Zusammenschluss von jugendlichen Flüchtlingen. Die Arbeit folgt dem Grundsatz, dass Betroffene eine eigene Stimme haben und keine «stellvertretende Betroffenen-Politik» benötigen. Darüber hinaus ist Jibran Khalil aktiv beim Flüchtlingsrat Brandenburg, seit 2019 auch als Vorstandsmitglied. Für sein Engagement und seinen Aktivismus wurde er 2016 im Land Brandenburg als Ehrenamter des Monats ausgezeichnet.

### **Sandrine Micossé-Aikins**

Sandrine Micossé-Aikins leitet Diversity Arts Culture und verantwortet die Begleitung der Berliner Kulturverwaltung. Sie ist Kunstwissenschaftlerin, Kuratorin und Equitymanagerin und arbeitet schwerpunktmäßig zu Rassismus und Empowerment in der Kunst, der Wirkmacht kolonialer Bilder, Körperpolitik sowie Repräsentation und Gleichstellung im deutschsprachigen Kunst- und Kulturbetrieb.

### **Isidora Randjelović**

Isidora Randjelović ist Mitgründerin und im Vorstand des feministischen Archivs RomaniPhen und beschäftigt sich dort sowie in der Lehre an der Alice-Salomon-Hochschule Berlin theoretisch und praktisch mit rassismuskritischer Wissensproduktion, Selbstorganisation, Erinnerungskultur und transgenerationalen Lernen.

### **Bahareh Sharifi**

Bahareh Sharifi ist Programmleitung von Diversity Arts Culture. Zudem arbeitet sie zu (post-) migrantischer und diasporischer Bewegungsgeschichte. Zuvor war sie als Diversitätsbeauftragte für den Berliner Projektfonds Kulturelle Bildung sowie kuratorisch für verschiedene Kulturinstitutionen tätig.

### **Nursemin Sönmez**

Nursemin Sönmez ist Projektleiterin bei den ndo – neue deutsche Organisationen – das postmigrantische Netzwerk. Zudem lehrt sie an der Alice-Salomon-Hochschule und ist freiberuflich tätig als Organisationsentwicklerin. Sie ist in unterschiedlichen Initiativen politisch aktiv und beschäftigt sich mit Rassismus, Intersektionalität, dem Genozid an Armenier\*innen und weiteren Themen.

### **Koray Yılmaz-Günay**

Koray Yılmaz-Günay ist seit Januar 2020 Co-Geschäftsführer des Migrationsrats Berlin, einem Zusammenschluss von über 80 Organisationen, die von Migrant\*innen, People of Color und Schwarzen und ihren Nachkommen getragen werden. Er ist seit Anfang der 1990er Jahre politisch aktiv, zunächst in der Schüler\*innen-Bewegung, durch die Anschläge nach der Wiedervereinigung schnell auch in antifaschistischen und antirassistischen Gruppen. Ende der 1990er Jahre hat er mit anderen GLADT gegründet, eine Organisation von queeren Migrant\*innen, Schwarzen und People of Color. 2015 gründete er einen eigenen Verlag, den Verlag Yılmaz-Günay.

## **IMPRESSUM**

### **HERAUSGEBENDE:**

neue deutsche Organisationen –  
das postmigrantische Netzwerk e.V.  
Reichenberger Straße 120  
10999 Berlin

### **IM RAHMEN DES:**

**KOMPETENZ  
NETZWERK** für das **Zusammenleben**  
in der Einwanderungs-  
gesellschaft

### **FÖRDER\*INNEN:**

Gefördert vom



im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**

**STIFTUNG  
MERCATOR**

### **REDAKTION:**

Nursemin Sönmez  
Koray Yılmaz-Günay

### **MITARBEITENDE:**

Nasiha Ahyoud  
Nuriani Hamdan  
Mutiar Berthold

### **LEKTORAT:**

Koray Yılmaz-Günay

### **VERANTWORTLICH (IM SINNE DES PRESSERECHTS):**

Fatma Çelik  
Sheila Mysorekar

### **AUTOR\*INNEN:**

Debora Antman  
Leyla Boran  
Saraya Gomis  
Jibrán Khalil  
Sandrine Micossé-Aikin  
Isidora Randjelović  
Bahareh Sharifi

Der Artikel «Bedingung für umfassende Teilhabe» ist in gemeinschaftlicher Diskussion folgender Personen und Organisationen entstanden:

Ahmet Sinoplu – Coach e.V., Kölner Initiative für Bildung und Chancengerechtigkeit  
Bundes Roma-Verband  
Canan Turan – Filmwissenschaftlerin  
Christina Antonakos Wallace – With WINGS and ROOTS  
Each One Teach One, EOTO e.V.  
Hajdi Barz – RomaniPhen Archiv  
Dr. Kien Nghi Ha, Kultur- und Politikwissenschaftler – korientation – Netzwerk für Asiatisch-Deutsche Perspektiven e.V.  
Koray Yılmaz-Günay – Migrationsrat Berlin e.V.  
Lotti Schulz – With WINGS and ROOTS  
Miman Jasharovski – With WINGS and ROOTS  
Mohammed Jouni – Jugendliche ohne Grenzen, Beratungs- und Betreuungszentrum für junge Geflüchtete und Migrant\*innen  
Nursemin Sönmez – neue deutsche Organisationen – das postmigrantische Netzwerk e.V.  
Olga Gerstenberger – With WINGS and ROOTS  
Tahir Della – Initiative Schwarze Menschen in Deutschland  
Remzi Uyguner – Türkischer Bund in Berlin Brandenburg, TBB e.V.  
Roma Center e.V.  
Roma Antidiscrimination Network (RAN)

### **ILLUSTRATIONEN:**

Büke Schwarz  
www.buekeschwarz.com

### **DESIGN & LAYOUT:**

Alexander Rübsam  
www.alexander-ruebsam.de

